

# Rieser und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger) Tageblatt

Verlagsstelle  
Tageblatt Rieser  
Hermann Nr. 22,  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und des Amtsgerichtes beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamtes Rieser und des Hauptzollamtes Reichers bestmögliche Blatt.

Postfachkonto  
Dresden 1480.  
Verleger:  
Rieser Nr. 22.

Nr. 28.

Mittwoch, 3. Februar 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,34 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Verzögerungen der Börsen und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (5 Zeilen) 20 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Karze. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Geschäftsbedingungen siehe. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Empfänger keinen Anspruch auf Lieferung oder Verzögerung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Verlagsdruck und Verlag: Renger & Witzsch, Rieser. Geschäftsstelle: Postfach 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Witzschmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Rieser.

## Eröffnung der Abrüstungskonferenz.

Genf. Die allgemeine Abrüstungskonferenz ist gestern nachmittags 4,30 Uhr mit der durch die dringlich einzuberufende Ratssitzung verursachten einständigen Verspätung im höchsten Hofsaal des Hotel Grand Hotel von ihrem Präsidenten Arthur Henderson eröffnet worden. Schon gegen 1 Uhr begann unter starkem Interesse der Genfer Bevölkerung und der zahlreichen hier eingetroffenen Fremden die Auffahrt der Delegierten. Die Plätze der Delegationen und die geräumigen Tribünen für Presse und Publikum, die während der Völkerbundversammlung, die in demselben Gebäude tagt, meistens nur spärlich besetzt sind, füllten sich rasch.

### Die Eröffnungsrede Hendersons.

Genau um 4,30 Uhr flammten die Lampen an der Stirnseite des Konferenzsaales auf und bestrahlten grell den Präsidenten Arthur Henderson zwischen dem Generalsekretär des Völkerbundes und dem französischen Dolmetscher Platz genommen hat. Vor ihm sitzen die leitenden Beamten des Sekretariats, sowie weitere Dolmetscher und Protokollschreiber. Die drei üblichen Dampferschläge ertönen und Henderson, der sitzend spricht, beginnt seine Eröffnungsrede.

Er legt in langer Ausführung dar, daß hier 1700 Millionen Menschen, die Staaten im und außerhalb des Völkerbundes, durch 60 Regierungen vertreten seien, daß es sich um die größte internationale Zusammenkunft seit Kriegsende handle, und daß es noch nie eine Konferenz mit wichtigeren Zielen gegeben habe. Wenn seine Mission über ihre Schwierigkeiten aufkommen dürfte, so dürfe man sich doch auch nicht entmutigen lassen und müsse sie überwinden. Da keine feste Tagesordnung vorliege, sei die klare Erkenntnis der Aufgabe umso wichtiger. Sie zielt auf eine kollektive Einigung, auf eine wirksame und wertvolle Verminderung der Rüstungen und auf die Festlegung von Konferenzen mit gleicher Zielsetzung ab. Der Bestand der Rüstungen sei der Grund wechselseitiger Furcht und fortbestehenden Mißtrauens. Es sei eine uralte Meinung, daß die Sicherheit der Völker auf ihrer Rüstung beruhe: sie bilde keinen Schutz gegen den Krieg, sondern sei ein sicheres Mittel zur Aufrechterhaltung der Unsicherheit.

Indem er auf die Kosten und Folgen des Weltkrieges und auf die erschreckenden Perspektiven eines künftigen Krieges verweist, fordert Henderson nochmals klare, zielbewusste und konkrète Arbeit und billigt dem Völkerbunde die Erkenntnis dieser seinem Sinne nach grundlegenden Aufgabe zu.

Henderson gibt im Anschluß hier einen längeren technisch gehaltenen Ueberblick über die gesamten bisherigen Vorkarben innerhalb und außerhalb des Völkerbundes auf dem Wege zur Abrüstung, wobei er nur gelegentlich ein Wort der Kritik einfließen läßt. So spricht er bei dem Verhältnis zwischen Sicherheit und Abrüstung von einem „circulus vitiosus“, in dem man von Anfang an geraten sei. Während er nur kurz von den verschiedenen Plattenkonferenzen spricht und sich jede Würdigung ihrer Ergebnisse verweigert, verweist er eingehend bei dem Konventionenentwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission, „Der Konventionenentwurf“, so erklärt er wörtlich, „ist dazu bestimmt, einen Rahmen abzugeben, durch den die Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen erreicht werden kann. Er schreibt Methoden vor, aber er enthält keine Zahlen, und es wird Aufgabe der gegenwärtigen Konferenz sein, seine praktische Bedeutung zu bestimmen.“

Die Abrüstungskonferenz müsse jetzt die endgültigen Zahlen für die Obergrenzung und Beschränkung der Rüstungen bestimmen. Der Abkommenentwurf sei vielfach auf starken Widerstand gestoßen. Selbst über die Methoden der Abrüstung beständen verschiedene Auffassungen. Die Abrüstungskonferenz sei selbstverständlich frei, auch jeden anderen Vorschlag oder jeden neuen Entwurf eines Abkommens zu erörtern, der ihr vorgelegt würde.

Zum Schluß erklärte Henderson, daß das Problem der Abrüstung von lebenswichtiger Bedeutung für die gegen-

wärtig schwere Wirtschaft- und Finanzkrise sei, mit der die meisten Nationen heute zu kämpfen hätten. Die finanziellen Rüstungen seien eine der hauptsächlichsten Ursachen der heutigen schweren Lage und der zerrütteten Staatshaushalte in verschiedenen Ländern. Die öffentliche Meinung verlange, daß jetzt eine wesentliche Herabsetzung der auf allen Völkern lastenden Gesezesausgaben erreicht wird.

Es kann für jedes Volk nur Freiheit bestehen, wenn es sein Leben ohne Furcht vor Ungerechtigkeit, vor Angriffen, vor Unterdrückung oder vor Krieg leben kann. Es kann nur Gleichberechtigung für jedes Volk in der freien Gesellschaft sein, die wir zu bauen begonnen haben. Es kann nur Brüderlichkeit unter den Völkern bestehen, wenn sie künftig nicht mehr mögliche Feinde, sondern treue Freunde sind. Ihre Anwesenheit hier ist Ihre Antwort. Ihre Anwesenheit ist das Versprechen, daß wir unser Ziel erreichen werden. Gehen wir an unsere Aufgabe in dem sicheren Bewußtsein heran, daß es in unserer Macht steht, durch die Arbeit, die wir hier leisten, die Furchtschreibungen, die wir hier treffen, das Maß von Uebereinstimmungen, das wir hier erzielen, die Völker zu diesen verheißenen Höhen führen.

### Rühle Aufnahme der Henderson-Rede in Genf.

Genf. Der Beifall nach Hendersons Eröffnungsrede, deren Verlesung in englischer Sprache eine volle Stunde in Anspruch nahm, war schwach. Allgemein fiel das mitleidige Aussehen Hendersons auf, der seine Rede sitzend in kaum vernehmbarer Ton ohne jede persönliche Beteiligung vortrug. Der Inhalt der Rede wird vielfach als politisch wenig bedeutend, langsam und kaum interessant beurteilt. Ein praktisches Abrüstungsprogramm war in Hendersons Rede nicht enthalten. Der bayerische Staatsrat wurde jedoch in den Punkten berührt, wo Henderson die Lösung der Abrüstungsfrage als Voraussetzung für die Sicherheit, und die heutigen Rüstungen als eine der Ursachen der großen Krise der Gegenwart bezeichnet. Ferner ist vom deutschen Standpunkt aus der Satz zu begrüßen, in dem gleiches Recht in der Abrüstungsfrage für alle Völker gefordert wird. Dabei muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß den zweifellos ehrlichen Absichten Hendersons keine entscheidende Bedeutung für den Verlauf der Konferenz beigemessen werden kann, da Henderson heute nicht einmal der englischen Abordnung angehört.

Nach der Rede wurde die Sitzung einige Minuten unterbrochen.

### Drei Ausschüsse eingelebt.

Genf. Nach der Pause in der Eröffnungsitzung der Abrüstungskonferenz wurde der Vorschlag Hendersons, den Schweizer Bundespräsidenten Motta zum Ehrenpräsidenten zu ernennen, einstimmig angenommen.

Nach Dankesworten Mottas für die seinem Lande und ihm hierdurch erwiesene Ehre wurden drei Ausschüsse eingelebt, und zwar ein fünfmaliger Ausschuss aus Vertretern der kleinen Mächte zur Prüfung der Vorkonvention, ein 18gliedriger Ausschuss unter Vorsitz Hendersons, dem die europäischen Großmächte, die Vereinigten Staaten, die Türkei, Sowjetrußland und Japan angehören zur Ausarbeitung der Geschäftsordnung und ein fünfmaliger Ausschuss zur Aufstellung von Regeln für die Entgegennahme von Vorschlägen internationaler privater Organisationen.

Alle drei Ausschüsse nahmen heute Mittwoch vormittags ihre Arbeiten auf. Die nächste Vollversammlung der Konferenz ist für Sonnabend vormittags festgesetzt. Dann sollen die der Konferenz nicht angehörenden Vertreter der großen internationalen Verbände für Frieden zu Worte kommen. Die Konferenz selbst wird somit voraussichtlich erst Anfang nächster Woche ihre Arbeiten beginnen.

ter eine „Aufforderung“ eingegangen, „China von einer Entsendung weiterer Verstärkungen nach Schanghai abzuhalten“; diese Aufforderung wurde dazu benutzt, um einen an beide Parteien gerichteten konkreten Waffenstillstandsvertrag zu formulieren. Im Weißen Haus wurde betont, daß Amerika lediglich bestrebt sei, Leben und Eigentum der amerikanischen Staatsangehörigen zu schützen und daß von einem Ultimatum keine Rede sein könne. Amerika habe mit England, Frankreich und Italien in Genf nichts vereinbart.

Im parlamentarischen Kreise besteht die Auffassung, daß Hoover den Zweck verfolge, die w a c h s e n d e E m p ö r u n g gegen Japan einzudämmen.

### Gandhis Sohn verhaftet

Delhi, 3. Februar. Der Sohn Gandhis, Devdas, ist verhaftet worden.

## Aufruf des Oberbürgermeisters Dr. Rühl zur Wiederwahl Hindenburgs.

\* Dresden. Oberbürgermeister Dr. Rühl hat folgenden Aufruf erlassen:

### Auch das sächsische Volk will Hindenburg!

Von Berlin kommt der Ruf „Das Volk will Hindenburg!“ Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn erläßt den Aufruf an das deutsche Volk: „Hindenburg ist Ueberwindung des Parteilichens, das Einbild der Volksgemeinschaft, die Führung in die Freiheit!“

Dank dem Oberbürgermeister von Berlin für diese Tat! Keiner darf befehlen, daß zu Hindenburg und der nationalen Einheit zu bekennen.

Unter all den Namen des Hindenburg-Anschlusses befindet sich keine einzige führende Persönlichkeit aus Sachsen. Aber gerade in Sachsen warzt der Gedanke der Reichseinheit und der Reichsgröße fest und tief.

Ueber Partei, über sozialer Gesetzmäßigkeit und Schicht hinaus ist auch in Sachsen der Name Hindenburg das Monnment deutscher Pflichterfüllung geworden. In der politischen Erscheinung findet er allein der ruhende Pol. Der überhanpt nach national führen und denken kann, bekennt sich zu ihm als dem Einbild und Repräsentanten der deutschen nationalen Einheit.

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, gen. Dr. Rühl.

## Wachende Hindenburg-Front

München, 3. Februar.

In einer Erklärung des bayerischen Ausschusses für die Wiederwahl Hindenburgs wird der Aufruf des Oberbürgermeisters Dr. Sahn und die dadurch über ganz Deutschland erweiterte Hindenburg-Front auf das wärmste begrüßt. Die Erklärung drückt die Hoffnung aus, daß es den gemeinsamen Bestrebungen von Nord und Süd gelingen werde, dem deutschen Volk Hindenburg als Reichspräsident zu erhalten.

Die „Bayerische Staatszeitung“ nennt den Berliner Aufruf für Hindenburg ein glückliches Gegenstück zu der Kundgebung, die man in München an die Öffentlichkeit gerichtet hat. Man könne nur hoffen, daß sich der gesunde Sinn der Mehrzahl der deutschen Bevölkerung als starker Ermee, als die dunklen Bestrebungen der Gegenspieler, die sich anscheinend ihrer Verantwortung nicht recht bewußt sind.

Köln, 3. Februar.

Der Landesauschuss Westdeutschland der christlichen Gewerkschaften hat an Oberbürgermeister Dr. Sahn folgendes Telegramm gerichtet: „Ein Bravo Ihrer Tat! Die christliche Arbeiterchaft Westdeutschlands stimmt freudig für Hindenburg.“

## Drohung der deutschen Ausfuhr

Zollzuschläge für die Einfuhr deutschen Maltes nach Frankreich

Paris, 3. Februar.

Die französische Regierung hat der Kammer einen Gegenentwurf zugehen lassen, durch den sie für die Einfuhr von Malz deutscher Herkunft einen Zollzuschlag von 80 Francs pro Zentner einführen will, und zwar mit der Begründung, daß man die Exportprämie in Höhe von 10 RM pro Zentner ausgleichen müsse, die Deutschland für die Ausfuhr von deutschem Malz nach dem Ausland gewährt.

## Der neue japanische Angriff

London, 3. Februar.

Ueber den neuen japanischen Angriff auf Schanghai wird berichtet, daß mit schweren japanischen Marinegeschützen das Feuer auf die chinesischen Stellungen nordöstlich des Bahnhofs von Schapei eröffnet wurde. Die Chinesen hätten nur mit einem Minenwerfer das Feuer erwidern können, so daß es einigen hundert japanischen Marineinfanteristen ein leichtes war, zum Angriff überzugehen.

Die japanischen Streikräfte in Schanghai sind nahezu 5000 Mann stark.

Washington, 3. Februar.

Der japanische Botschafter Debuchi erklärte dem Unterstaatssekretär Castle gegenüber, daß Japan augenblicklich nicht beabsichtige, Landtruppen nach Schanghai zu entsenden.

## Kein Ultimatum an Japan

Washington, 3. Februar.

Die Genfer Meldungen, daß Amerika und England gemeinsam die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten in China „gefordert“ hätten, werden hier abwegig bezeichnet. Der amerikanische Botschafter in Tokio und der amerikanische Generalkonsul in Hanking seien angewiesen worden, beiden Regierungen Vorschläge zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten zu unterbreiten. Die britische Regierung habe gleichzeitig dasselbe getan. Von einem gemeinsamen Ultimatum könne daher nicht gesprochen werden.

Im Weißen Hause und im Staatsdepartement gibt man der Hoffnung Ausdruck, daß durch die unterbreiteten Friedensvorschläge an Japan und China möglichst bald eine wesentliche Entspannung der Lage in Schanghai herbeigeführt werde. Am 31. Januar ist hier vom japanischen Außenmini-



# Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

## Die Errichtung einer 2. Sekta an der Oberrealschule abgelehnt. — Aussprache um die Erhebung des Bürgersteuerzuschlages. Weitere Erörterungen zu der Schlachthof-Angelegenheit.

Bestens abend fand von 6.30 Uhr ab in der Aula der Oberrealschule die zweite diesjährige öffentliche Sitzung der Stadtverordneten statt. Das Kollegium war vollständig anwesend. Am Vorsitzende hatten Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider und zunächst auch Herr Stadtbauamtsdirektor Sanger Platz genommen. Der Zuscherraum war gut besetzt. Erstmals hatte der Sitzungssaal in der Platzanweisung ein etwas verändertes Bild erfahren. Der Vorsitzende und dessen I. Stellvertreter walteten ihres Amtes am erhöhten Präsidentenstisch, und auch der Pressevertreter hat fast inmitten des Saales eine günstigere Aufstellung erhalten. Durch diese begründete Umgestaltung ist etwas an Raum gewonnen worden, so daß für das zuhörende Publikum mehrere Sitzgelegenheiten geschaffen worden sind. — Die Tagesordnung umfaßte vorerst 7 Punkte, denen nachträglich noch 2 Punkte angefügt wurden. Die erste Hälfte der Beratungsgegenstände wurde rasch erledigt, während die übrigen Punkte (mit Ausnahme des Punktes 7) Gelegenheit zu längerer Aussprache gaben. Im angenehmen Gegensatz zu den Festlichkeiten während der ersten diesjährigen Sitzung verließ die gestrige im allgemeinen ruhiger und, was im Interesse einer gedeihlichen Zusammenkunft besonders zu begehren ist, so daß sich besonders umfangreich gehalten die Aussprache über die zur Tagesordnung stehende Erhebung des Oberrealschulgelbes und vor allem die Frage der Errichtung von zwei Sekten an der Oberrealschule. Im letzteren Punkte zeigten sich die Meinungen der rechten und linken Fraktionen. Während die Sprecher der Rechten warm für die Vorlage eintraten, lehnten die linken Fraktionen, die sich bekanntlich mit einer Stimme in der Mehrheit befinden, diese entschieden ab, und so verfiel die beantragte Errichtung einer 2. Sekta an der Oberrealschule der Ablehnung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Herr Stadtverordneter Dr. Mühlmeister bekannt, daß der Rat beschlossen habe, am 11. Februar d. J. zur Erklärung des städtischen Fiskus eine Straßensammlung und an einigen Tagen eine Hausammlung zu veranstalten. Herr Dr. Mühlmeister hat, das Dispositiv nach Möglichkeit zu unterstützen und den Sammlern, die sich freiwillig in den Dienst der guten Sache gestellt haben, nicht abweisend entgegenzutreten.

Herr Stadtverordneter Bietz hat in einer Eingabe an das Kollegium die Frage gerichtet, warum eine Suspendierung des Leiters des städtischen Schlachthofes, Herrn Dr. Lohse, gegen welchen bekanntlich ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist, noch nicht erfolgt sei. Herr Stadtverordneter Dr. Mühlmeister bedauerte Herrn Bietz, daß das Schreiben anstatt mindestens vier Unterschriften nur eine Unterschrift enthalte, weshalb das Kollegium darüber nicht zu beschließen brauche. Da aber die Angelegenheit die erforderliche Unterstützung der Stadtverordneten fand, wurde die Beratung der ursprünglichen Tagesordnung angelehnt.

Dieselbe Regelung fand auch ein Antrag der bürgerlichen Fraktion, die Erhebung des Bürgersteuerzuschlages nicht nach dem Steuereinkommen von 1900, sondern nach dem von 1901 zugrunde zu legen.

Sodann wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt:

### Renovierung eines Mittelstückes der Sozialrenten in den Fürstengärten.

Herr Karl Bietz hat sich geäußert, wegen Krankheit das bisher von ihm bekleidete Amt niederzulegen, so daß Ersatzwahl notwendig geworden ist. Zur Wahl wurden von der sozialdemokratischen Fraktion Herr Friedrich Kluge, von der kommunalistischen Stadtverordneten Herr Hermann Schöb vorgeschlagen. Bei der durch Stimmzettel erfolgten Wahl fielen auf Herrn Kluge 14, auf Herrn Schöb 2 Stimmen; 10 Stimmzettel waren unbeschrieben. Herr Kluge hatte somit die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht und galt demnach als gewählt.

### Verkauf des Grundstückes 707 1/2 des Fürstengarten für Riesa.

Herr Architektmeister Richter hat auf dem Grundriss des Grundstückes 707 1/2 einen Entwurf zur Ausdehnung seines Handwerkes gezeichnet. Dies ist jedoch von der Kreisbauverwaltung beanstandet worden. Um Herrn Richter in seinem Unternehmen nicht zu schädigen, hat der Rat beschlossen, ihm zur Errichtung eines neuen Schuppens das Grundstück 707 1/2 des Fürstengarten für Riesa zum Kaufpreise von 3 Mark pro Quadratmeter käuflich zu überlassen, nachdem die Vorlage vom Bauausschuß genehmigt worden ist. — Herr Stadtverordneter Bietz erklärte, daß die kommunalistischen Stadtverordneten die Vorlage ablehnten, weil sie grundsätzlich gegen den Verkauf städtischen Arealen an Private seien. — Herr Stadtverordneter Tröger erklärte ebenfalls, daß er gegen einen Verkauf des Grundstückes und empfahl, daselbe in Erbpacht abzugeben. — Herr Stadtverordneter Dr. Mühlmeister bemerkte hierzu, daß es sich hier um eine Zwangsangelegenheit handle, und zwar deshalb, um Herrn Richter nicht in seinem Unternehmen zu schädigen. — Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider begründete den Standpunkt des Rates damit, daß man dem Antragsteller habe helfen wollen. Auch der Rat habe zunächst daran gedacht, das Grundstück nur in Erbpacht abzugeben; er wolle einen Schuppen mit massiven Wänden errichten. Der Rat habe sich das Verkaufsrecht vorbehalten. — Die Ratsvorlage wurde sodann gegen zwei Stimmen angenommen.

### Anderweite Ratsvorlage wegen des Teilbauangelegenheit für das Gelände zwischen Rosenplatz, Diemarstraße, Poststraße und Bahnhofstraße.

Herr Stadtverordneter Dr. Mühlmeister gab hierzu erläuternde Erklärungen und bemerkte, daß gegen die festgelegten Bestimmungen die beiden Hauptantragsgeber Firma C. G. Brandt und E. F. Förster Rekurs eingelegt haben. Der eingelegte Rekurs der Firma C. G. Brandt sei inzwischen erledigt worden, während der Rekurs der Firma E. F. Förster auf auskömmliche Einvernehmen geregelt werden soll. Nachdem Herr Dr. Mühlmeister ein diesbezügliches Schreiben vom Rate verlesen hatte, erklärte das Kollegium seine Zustimmung.

### Ratsvorlage wegen Reparatur des Flammenrohrkessels im Stadtfrankenhaus und Bewilligung von 1200 Mk. aus laufenden Betriebsmitteln.

Diese Angelegenheit hat bekanntlich die Stadtverordneten in ihrer letzten öffentlichen Sitzung beschäftigt. Es war seinerzeit beschlossen worden, nochmals eine gründliche fachmännische Nachprüfung der Anlage vornehmen zu lassen. Die Prüfung ist inzwischen erfolgt und zwar mit dem Ergebnis, den alten Kessel nochmals reparieren zu lassen. Es ist gleichzeitig festgestellt worden, daß durch ungelegene Bedienung und durch sonstige Vernachlässigung ein außerordentlich hoher Heizstoffverbrauch entstand, so daß es an der nötigen Sparsamkeit gefehlt hat. — Herr Stadtverordneter Tröger

bemerkte, der außergewöhnliche Verbrauch an Heizmaterial zwinge zu der Frage, ob hier nicht eine laufende Beaufsichtigung durch eine technische Stelle, vielleicht durch das Betriebsamt, möglich sei. Die bürgerliche Fraktion beantragte deshalb, daß eine laufende Überwachung der Heizungsanlage im Stadtfrankenhaus erfolgt. — Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider teilte mit, daß dies beschlagend bereits durch das Betriebsamt zu geschehen habe, wozu Herr Stadtverordneter Bietz erwiderte, daß in diesem Falle entweder das Betriebsamt verfolgt habe oder es kenne den diesbezüglichen Beschluß nicht. Die SPD-Fraktion stimmte dem Antrage zu. Es wäre übrigens wünschenswert, daß die Reparatur des Kessels recht bald erfolge. — Die Ratsvorlage wurde schließlich einstimmig angenommen und die erforderlichen 1200 Mk. bewilligt.

### Beratung der Kreisbauverwaltung über die Errichtung der 2. Sekta an der Oberrealschule.

Die Beschlüsse, die gegen die Verfüzung der Kreisbauverwaltung wegen Errichtung des Oberrealschulgelbes ab 1. Januar 1902 erhoben worden ist, ist von der Kreisbauverwaltung zurückgewiesen worden mit dem Bescheide, daß sie mit Rücksicht auf den hohen Fiskus, der im städtischen Haushalte nachgewiesen sei, nicht in der Lage sei, die Verfüzung zurückzunehmen. — Hierzu erklärte Herr Stadtverordneter Dr. Mühlmeister, man müsse auf dem Standpunkte stehen, daß mit der Kreisbauverwaltung die Verfüzung eine Abweisung des Schulbesuches verbunden sei. Die Stadt werde durch die Schulverfüzung keinen Vorteil haben, da dadurch einer ganzen Anzahl Kinder der Besuch der Oberrealschule beschlagnahmt werde. — Herr Stadtverordneter Bietz erregte an einem Punkte an den Landtag zu richten und auch den Preisvergleichskommissioner von diesem Sachstand Mitteilung zu machen. Jedenfalls müßten alle Schritte gegen die durchaus unzulässige Verfüzung der Kreisbauverwaltung unternommen werden. Wenn die Verfüzung der vorgelegten Beschlüsse so weiterginge, dann werde sich die Oberrealschule zu einer reinen Ständeschule immer mehr entfalten. Er bat das Kollegium, sich den Anträgen anzuschließen. — Die Anträge fanden einstimmige Annahme.

### Vorlage des Rates wegen Nichtbilligung von zwei Sekten an der Oberrealschule Oftern 1902.

Der Finanz- und der Oberrealschulausschuß hatten bekanntlich dem Rate vorgeschlagen, Oftern 1902 wieder zwei Sekten an der Oberrealschule zu bilden, damit alle 50 Kinder, die die Prüfung bestanden haben, aufgenommen werden können. Dieser Vorschlag ist vom Rat jedoch mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

In erläuternden Ausführungen gab Herr Stadtverordneter Dr. Mühlmeister bekannt, daß der Beschluß, nur eine Sekta zu unterhalten, im vorigen Jahr unterbrochen worden sei, weil sich zu viel Schüler gemeldet und die Aufnahmeprüfung bestanden hätten. In diesem Jahr sei das Verhältnis dasselbe. Es hätten 50 Schüler die Prüfung bestanden (insolge Bezeuges vermindert sich die Zahl um einen Schüler). Wollte man alle 49 der die Prüfung bestanden Schüler in eine Sekta vereinen, so würde eine Überfüllung stattfinden. Vom finanziellen Standpunkt aus könne man das Projekt unterstützen, da nur ein verhältnismäßig geringer Aufwand nötig sei. Nachdem Bietz noch auf verschiedene Einzelheiten eingegangen war, erklärte er, daß die bürgerliche Fraktion gewillt sei, eine neue Sekta zu errichten, weil gegenwärtig eine etwa vorzunehmende Verfeinerung der Anstalt vermieden werden könne. Im Zusammenhang mit der Angelegenheit brachte Herr Dr. Mühlmeister ein Schreiben der Elternschaft der in Frage kommenden Schüler, sowie ein solches der Kreisgruppe Riesa der Jungpflanzler zur Verteilung, die gleichzeitig unter Hinweis auf die drohenden Nachteile am Errichten einer zweiten Sekta bat. — In längerer Aussprache wandte sich Herr Stadtverordneter Bietz gegen die Vorlage. Er vertrat die Meinung, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen in diesem Jahr eine weit schärfere Prüfung der aufzunehmenden Schüler hätte getroffen werden müssen. Die bestehende eine Sekta würde genügen für die Aufnahme der die Prüfung bestanden 50 Riesaer Kinder. Es könnten dann immer noch fünf der besten Schüler von auswärtig Aufnahme finden. Seine weiteren Ausführungen belegte Herr Bietz mit Zahlen und Beispielen an den Volksschulen und der hier bestehenden höheren Abteilung. Bietz betonte wiederholt, daß sich die SPD-Fraktion unter keinen Umständen umstimmen lassen werde, eine zweite Sekta zu bewilligen. Die Fraktion habe für Bildungstragen sehr viel übrig, es dürfe aber nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Er wolle schließlich noch Stellung zu den Eingaben der Elternschaft und der Herren Studienassessoren. Er bemerkte, daß die Fraktion großes Interesse daran habe, gerade die jüngeren Lehrkräfte im Auge zu behalten, sie werde gegebenenfalls geeignete Wege zeigen. — Herr Stadtverordneter Bietz Dr. Mühlmeister erwiderte, wenn es nach Ansicht des Herrn Bietz der Ansicht habe, die diesjährigen Aufnahmeprüfungen hätten schärfer erfolgen müssen, so sei dazu zu bemerken, daß die Voraussetzungen in diesem Jahr günstiger gewesen seien. Es seien bessere Vorlesungen vorhanden gewesen. — Nach weiterer Rede und Gegenrede der Herren Stadtverordneter Bietz und Mühlmeister erklärte auch Herr Stadtverordneter Bietz, daß die kommunalistischen Stadtverordneten die Vorlage ablehnen werden. — Herr Stadtverordneter Tröger bemerkte, daß eine Realschule oder eine Oberrealschule keine „Ständeschule“ im Sinne der Ausführungen der Herren Stadtverordneter Bietz und Bietz sein könnten, höchstens eben deshalb, weil in ihnen alle Stände vorhanden seien. Es sei bedauerlich, daß nach Ablehnung der Vorlage die Eltern abschlägig beschieden werden müßten. Eine Sekta, in welcher 40 bis 45 Schüler zu unterrichten seien, könne nicht bestanden werden, weil gerade in den untersten Klassen die Grundlage für die weitere Ausbildung der Schüler geschaffen werde. Auch aus diesem Grunde würde die bürgerliche Fraktion die Errichtung einer zweiten Sekta ablehnen, umso mehr, als die Möglichkeit, eine zweite Sekta ohne erhebliche finanzielle Schwierigkeiten zu erhalten, bestehe. — Gegen die Wünsche und Anregungen der bürgerlichen Fraktion wandte sich auch Herr Stadtverordneter Tröger. — Herr Stadtverordneter Bietz beantragte sodann, dem Stadtverordneten-Kollegium demnach ein Verzeichnis über Stand und Einkommen der Eltern der Schüler der Oberrealschule vorzulegen. — Herr Stadtverordneter Bietz Dr. Mühlmeister entgegnete ihm, daß es zwar möglich sei, den Verur der Eltern schau stellen, nicht aber deren Einkommen. — Herr Stadtverordneter Bietz erregte an einem Punkte aufzufassen und vorzulegen, aus welchem zu ersehen ist, in welchem Verhältnis die Verhältnisse der Elternschaft zu denen der Elternschaft der Oberrealschule stehen. — Nach beendeter Aussprache wurde die Vorlage gegen die Stimmen der bürgerlichen Fraktion abgelehnt. — Anschließend beantragte Herr Stadtverordneter Bietz, die beiden Vorhörer des Kollegiums sollen dem zuständigen Ministerium die Stellungnahme der Stadtverordneten vortragen. Dieser Antrag fand einstimmige Unterstützung. — Die Eingabe der hiesigen Jungpflanzler soll dem Oberrealschul-Ausschuß überwiesen werden.

Herr Stadtverordneter Bietz berichtete hierzu, daß nach erfolgter Bekanntmachung des Rates 19 junge Leute um Unterstützung nachgesucht haben. 18 Gesuche haben Berücksichtigung werden können. Es seien Unterstützungen von 800 bis 900 Mark jährlich bewilligt worden. Das Kollegium werde ersucht, die hierzu erforderliche Summe von 8000 Mk. vorweg zu bewilligen. Die Vorlage fand einstimmige Genehmigung.

### Vorwegbewilligung von 8000 Mk. für Studienbeihilfen zum Besuche auswärtiger Schulen für das Rechnungsjahr 1902/03.

Herr Stadtverordneter Bietz berichtete hierzu, daß nach erfolgter Bekanntmachung des Rates 19 junge Leute um Unterstützung nachgesucht haben. 18 Gesuche haben Berücksichtigung werden können. Es seien Unterstützungen von 800 bis 900 Mark jährlich bewilligt worden. Das Kollegium werde ersucht, die hierzu erforderliche Summe von 8000 Mk. vorweg zu bewilligen. Die Vorlage fand einstimmige Genehmigung.

### Anfrage des Stadtverordneters Bietz, Schlachthofangelegenheit bez.

In der letzten öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten hatte bekanntlich Herr Stadtverordneter Bietz seine Vermittelnde Vorkommnisse in der Stellung des städtischen Schlachthofes zur Sprache gebracht. In der gestrigen Sitzung stellte er die Anfrage an den Vertreter des Rates, warum die Suspendierung des Herrn Schlachthofdirektors Dr. Lohse, gegen welchen doch das Disziplinarverfahren eingeleitet ist, noch nicht erfolgt sei. — Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider erklärte, der Bescheid sei am 14. Januar dem Beschlusse des Kollegiums, gegen den Leiter des Schlachthofes das Disziplinarverfahren einzuleiten, beigetreten und der Antrag sei dem Ministerium mitgeteilt worden. Die Angelegenheit sei an die Kriminalpolizei abgegeben und weitergeleitet worden. Nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen könne eine Suspendierung erst erfolgen, wenn Straftaten, wie sie im Gesetz stehen, nachgewiesen worden seien. Herr Oberbürgermeister verlas die gesetzlichen Bestimmungen, aus denen zu ersehen war, daß in vorliegendem Falle Straftaten, die eine Suspendierung rechtfertigen, bisher nicht nachgewiesen worden sind. — Herr Stadtverordneter Bietz vertrat die Auffassung, wenn eine Untersuchung in gesetzlich korrekter Weise durchgeführt werden soll, der Beamte von seinem Amte zu suspendieren sei. Er erklärte weiter, daß, wie er gehört habe, zwar nicht der Direktor des Schlachthofes, sondern der Fleischbeschauer, Herr Gellhaar, suspendiert worden sei. Daraus sei zu entnehmen, daß die Entfernung der betreffenden Personlichkeiten eine unbedingte Notwendigkeit sei. Die kommunalistischen Stadtverordneten beantragten deshalb die Entfernung des Schlachthofdirektors von seinem Amte, solange die Angelegenheit nicht erledigt ist, schon auch deswegen, um einer weiteren Jugendbeeinflussung vorzubeugen. — Herr Stadtverordneter Dr. Mühlmeister machte den Vorredner erneut auf die Folgen einer unbegründeten Anschuldbildung aufmerksam. — Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider bestätigte, daß Herr Fleischbeschauer Gellhaar beurlaubt worden sei und zwar mit vollem Gehalt. Als die ersten Beschuldigungen eingegangen seien, habe er (Bietz) dies sofort dem Rate mitgeteilt. Da es aus Gründen der Untersuchung nicht möglich sei, die beiden Beamten nebeneinander im Dienste zu belassen, habe der Rat beschlossen, Herrn Fleischbeschauer Gellhaar mit vollem Gehalt zu beurlauben, weil andernfalls die Vertretung des Leiters des Schlachthofes während einer etwaigen Beurlaubung desselben der Stadt viel teurer zu stehen gekommen wäre. — Herr Stadtverordneter Dr. Mühlmeister gab anschließend bekannt, daß der Antrag Bietz nicht den Bestimmungen des Gesetzes entspricht und deshalb nicht besprochen werden könne. — Herr Stadtverordneter Bietz stellte hierzu erneut den Antrag, der Schlachthofdirektor wird vom Amt suspendiert. Da der Antrag die erforderliche Unterstützung nicht fand, galt derselbe als erledigt.

### Bürgersteuerzuschlag bez.

Die bürgerliche Fraktion beantragte, den Rat zu ersuchen, sich dafür einzusetzen, daß die Erhebung des Zuschlages zur Bürgersteuer, der bekanntlich in Riesa 800 Prozent beträgt, nicht nach dem Steuereinkommen von 1900, sondern von 1901 erfolgt. — Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider erklärte hierzu, daß dieser Antrag unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen durchaus seine innere Begründung habe. Der Rat habe sich bisher bemüht und er werde sich auch weiter bemühen, besonders Härten abzumildern. Nach den vorgeschriebenen Maßnahmen könne ein Entgegenkommen aber nur auf dem Ausnahmewege erfolgen. Der bürgerliche Antrag widerspreche den gesetzlichen Vorschriften. Nach den Bestimmungen müsse die Einkommensteuererhebung von 1900 zugrunde gelegt werden. Der Rat werde aber alles versuchen, um Härten zu vermeiden. Andere Wege seien nicht möglich. — Dem Antrag der bürgerlichen Fraktion begründete Herr Stadtverordneter Bietz, daß das Steuereinkommen von 1900 der meisten Steuerzahler fest bei weitem herabgemindert sei und somit die festgesetzte Regelung eine außerordentlich große Härte bedeute.

Nach erfolgter Aussprache zwischen Mitgliedern der Fraktionen kam man schließlich zu einer Einigung. Und zwar wurde einstimmig beschlossen, daß der Rat der Stadt durch entsprechende Eingaben bei den zuständigen Stellen vorstellig werden soll, um den Vorschlag der bürgerlichen Fraktion, in Riesa die Bürgersteuer nach den Einkommensverhältnissen von 1901 zu veranlassen oder die sozialdemokratische Anregung, die in jeder Sitzung schon einmal behandelt wurde und die auf eine Senkung des Steuerzuschlages auf 200 Prozent hinausging, zur Gemeindegung vorzulegen. Sollten aber beide Vorschläge nicht zum Ziele führen, so wird der Rat der Stadt ersucht, bei der Erhebung dieser Steuer größtmögliche Härten zu vermeiden.

Demit war die Tagesordnung der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung erschöpft. Schluß der Sitzung gegen 10 Uhr; eine nächstjährige Sitzung schloß sich an.

### Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 2. Februar 1902.  
— Wettervorhersage für den 4. Februar (Mitgeteilt von der Säch. Landeswetterwarte zu Dresden.)  
Wenig Veränderung des Witterungscharakters, vorübergehend etwas Vermehrung des Nebels, wolkig bis zeitweilig aufklarend, vorwiegend trocken, vereinzelt Schauer noch möglich, stellenweise Regenbildung im Gebirge anzunehmend. Leichter Frost, Windausfall etwas über Null, teils



...nachdem unter Frau, ...

...Daten für den 4. Dezember 1932, Sonnen-  
aufgang 7,30 Uhr, Sonnenuntergang 16,58 Uhr, Mond-  
aufgang 7,01 Uhr, Monduntergang 18,58 Uhr.  
1892: Friedrich Wötter, Gründer des Völkers, in  
Sachsen geb. (gest. 1919).  
1871: Friedrich Ober, Präsident des Deutschen Reiches,  
in Solothurn geb. (gest. 1928).

...Starker Andrang zu den Hindenburg-  
Wahlen. Die Eintragungen in die Eintragungsbücher, die  
vom Wahlamt für die Hindenburg-Wahl aus-  
gegeben werden, sind bereits nach den ersten Erhebungen  
recht zahlreich. Aus einer Reihe von Soldaten im Reich  
liegen schon Meldungen vor, daß gleich heute vormittags ein  
lebhafter Andrang eingetroffen ist.

...Richtiges. In der heutigen Nummer gibt das  
Vertraute Kriegerblatt bekannt, daß es einen beson-  
deren Konfirmationsunterricht für solche ver-  
anlassen will, die von der Konfirmation zurückgehalten  
worden sind und sich noch konfirmieren lassen wollen. Im  
vorigen Jahre haben eine Anzahl junger Leute von diesem  
Angebot Gebrauch gemacht und sind nach der Teilnahme  
an dem Unterricht konfirmiert worden. Kupfer diesem be-  
sonderen Konfirmationsunterricht findet Privat-Konfir-  
mationsunterricht nicht statt. Die Meldungen dazu müssen  
bald erfolgen.

...Vollgelehrter. In letzter Zeit wurde mehr-  
mals, letztmals in der Nacht zum 1. 2. 32, in dem Kontor  
des gegenwärtig stillliegenden Spinn- und Web-Orb (Stein-  
bruch) eingebrochen. Bei dem letzten Einbruch sind  
90 Meter 3 Millimeter starke Stahlstange, 10 Rollen zu  
9 Meter, und ein Kautschukstempel Spinn- und Web-Orb,  
Kies-Orb, gestohlen worden. Weiter ist in der Zeit  
von Dezember 1931 bis zum 28. 1. 32 in der Sandgrube am  
Arbeitsweg für Orb von der Arbeiterbude eine  
rote Holzstange, die mit einer Schraube und zwei Quer-  
leisten versehen war, entwendet worden. — Mitteltungen  
sachverständiger Sachverständigen werden nach dem Kriminal-  
polizei erbeten.

...Im „Capitol“ gelangt mit dem neuen Pro-  
gramm der künftigen Militärkommando „Reserve“ hat  
Ruh zur Ausführung. Der Handlung des Stückes sei  
folgendes entnommen: Dr. Freimur ist ein junger  
Arzt, der zwar ein ausgezeichnetes Wissenschaftler ist,  
aber in allen Dingen des Lebens eine große Weltfremdheit  
an den Tag legt. Er gibt daher wohl auch niemand, der  
sich weniger zum Soldaten eignet. Aber eines Tages erhält  
er auch Freimur den Befehl zum Einmarsch. Der Hauptmann  
der Kompanie, der er zugeteilt ist, ist nicht gut auf Ein-  
jährige zu sprechen, das neue Exemplar dieser Ein-  
tragung bestätigt denn auch alle Befürchtungen. Durch seine  
verschiedenen Ungeheuerlichkeiten bringt der Name der  
Wissenschaft sämtliche Vorgesetzten glattweg zur Raserei.  
Denn er würde es schwere Strafen haben, wenn Freimur  
nicht an dem Rekruten Paul Bappe einen Freund hätte, der  
ihm wiederholt aus der Verlegenheit hilft. Selbstverständ-  
lich sind auch hier die lieblichen Szenen, die einer gewissen  
Komik nicht entbehren, nicht vermieden worden. Alles in  
allem wieder ein Schwan, der manches bessere Stückchen  
aus dem schönen Soldatenleben aufreißt. Unter  
der großen Reihe der Darsteller findet man u. a. die Pro-  
minenten Fritz Kampers, Paul Hörbiger, Genta Söndland,  
Gugo Fischer-Ruppe, Claire Kommer und Lucie Englisch.  
Junge und alte Freunde der Soldatenzeit, sowie alle, die  
einmal sich tüchtig auslassen wollen, werden sich einen Be-  
such dieses Luststückes nicht entgehen lassen. (Stück aus  
Inferneten.)

...Bürgersteuer bei Kurzarbeitern. Ver-  
sionen, die 1930 einkommensteuerfrei waren, haben nach der  
bestehenden Rechtslage nur die halbe Bürgersteuer zu ent-  
richten. Diese Vorschrift wirkt sich für die große Zahl der  
Kurzarbeiter, die im Jahre 1930 noch einen die Lohnsteuer-  
Freigrenze überschreitenden Lohn gehabt hatten und von  
denen daher jetzt in der Steuerart die volle Bürgersteuer  
angefordert werden mußte, besonders hart aus. Der Reichs-  
minister der Finanzen hat daher dem Reichsrat den Ent-  
wurf einer Verordnung vorgelegt. Hiernach hat der  
Arbeitgeber bei solchen Arbeitnehmern, für die wegen  
Nichtübersteigens der Lohnsteuerfreigrenze am Rück-  
zahlungszeitpunkt der Lohnsteuer nicht einzuhalten ist,  
statt der vollen, nur die Hälfte der in der Steuerart  
angeforderten Bürgersteuerrate einzubehalten. Dies gilt  
natürlich nicht für diejenigen Fälle, in denen bereits wegen  
Einkommensteuerfreiheit im Jahre 1930 auf der Steuerart  
nur der halbe Bürgersteuerbetrag angefordert worden ist.  
Die vorgesehene Erleichterung soll, wenn der Reichsrat zu-  
stimmt, bereits für die Bürgersteuerrate gelten, die am  
10. Februar 1932 fällig wird.

...Die Ausgabe der Vierpfennigstücke.  
Am 15. Februar sollen die ersten Vierpfennigstücke durch  
die Reichsbank ausgegeben werden. Die Prägung ist seit  
einigen Tagen im Gange. Sämtliche in Deutschland vor-  
handenen Münzwerkstätten sind mit der Prägung der  
neuen Münzen betraut worden. In allen diesen Betrieben  
wird jetzt unter voller Ausnutzung der Maschinen ge-  
arbeitet. Insgesamt sollen 50 Millionen Vierpfennigstücke  
hergestellt werden. Die Prägung wird einige Wochen in  
Anspruch nehmen.

...Drei bis sechs Jahre Bürgersteuer! —  
Eine Folge der Finanznot der kleineren  
Städte. Aus dem dem Reichsbund vorliegenden  
Material über die Erhebung der Bürgersteuer in den mitt-  
leren und kleinen Städten im Rechnungsjahr 1931 aus  
etwa 1000 Städten geht hervor, daß 48 Städte min-  
destens die vierfache Bürgersteuer erheben. Dabei ist noch  
zu berücksichtigen, daß in zahlreichen Fällen nachträgliche  
Erhöhungen vorgenommen wurden, und daß die Erhebung  
der dreifachen Bürgersteuer in zahlreichen Gebieten nahe  
an die Regel bildet. Unter den 58 erwähnten Städten  
befinden sich 8 preussische, 13 sächsische, 51 thüringische,  
eine anhaltische und eine mecklenburg-vorpommersche Stadt, 300  
v. d. h. Aufschlag zum Vordesslag der Bürgersteuer (also  
die vierfache Bürgersteuer) erheben 35 Städte und zwar  
8 preussische, 13 sächsische, 15 thüringische, eine anhalt-  
ische und eine mecklenburg-vorpommersche Stadt. Einen Zu-  
schlag von 350 v. d. h. (also die 4 1/2 fache Bürgersteuer)  
erheben 3 thüringische Städte, einen Aufschlag von 400 v.  
d. h. (also die 5 fache Bürgersteuer) erheben eine preussische  
und 12 thüringische Städte, einen Aufschlag von 450 v. d. h.  
(also die 5 1/2 fache Bürgersteuer) erhebt eine preussische  
Stadt und einen Aufschlag von 500 vom Hundert  
(also die sechsfache Bürgersteuer) erheben 2 thüringische  
Städte. Beachtenswert ist die Tatsache, daß es sich fast  
ausschließlich um Städte mit weniger als 2500 Ein-  
wohnern handelt, die von der gemeinlichen Finanznot  
besonders stark betroffen sind.

...Sachliche Unklarheit. Montag mittags  
ereignete sich hier ein tief bemerkenswerter Unfall. Der hier  
im Dorf beschäftigte Wirtschaftsgastwirt Max Frei aus  
Pöschau kam mit dem Schlittschuh vom Söckersoden. Beim  
Abfahren fiel ihm ein starkes Stück Holz auf den Kopf. Er  
erlitt dadurch einen schweren Schädelbruch. Kärntliche Hilfe  
war schnellstens zur Stelle. Diebstahl Sanitätsamt sollte er  
dem Großherzoglichen Stadtkrankenhaus zugeführt werden.  
Während des Transportes ist aber der Verletzte leider  
seinen schweren Verletzungen erlegen und wurde deshalb  
der Beerdigung übergeben.

# Zur Sühne für die politische Bluttat in Miesla.

...Dresden. Aus der umfangreichen Begründung  
ergab sich, daß das Schwurgericht die Angeklagten Gork und  
Saus Merck und den Angeklagten Hiebler auf dem ersten  
Bergang, bei dem es sich um den Mordfall auf die Reichs-  
bannerleute Wilschlag und Wachs handelte, freigesprochen hat,  
daß es dagegen die Beteiligung der Angeklagten Tubaß,  
Wäntler, Hölzig und Helmecke an diesen Vorgängen für er-  
wiesen ansieht.

...Zu dem zweiten Bergang auf der Schulstraße, bei dem  
der Reichsbannermann Wolf erschossen wurde, hielt es in  
der Begründung, daß der Angeklagte Helmecke die Tat durch  
seinen Mißstand veranlaßt habe. Der Mörder Wolf sei von  
den Angeklagten Helmecke, Hiebler und den Brüdern Merck  
verfolgt worden. Später seien noch die Angeklagten Wäntler  
und Hölzig hinzugekommen. Helmecke habe Wolf einen  
Stich mit einem Gegenstand in die Schulter versetzt. Trotz-  
dem Wolf vor Schmerz aufgeschrien habe und weilen  
gelangen sei, seien die Angeklagten abermals über ihn her-  
gefallen und hätten auf ihn eingeschlagen und eingeschossen.  
Der die tatsächliche Sache angeführt habe, habe sich nicht  
festhalten lassen. Wahrscheinlich sei es einer der Angeklagten  
gewesen. Bei dem Angeklagten Wäntler habe ebenfalls  
starker Verdacht bestanden, daß er beteiligt war, jedoch  
müßte er wegen Mangels ausreichender Beweise frei-

...gesprochen werden, desgleichen der Angeklagte Tubaß, dem  
nicht zu widerlegen gewesen sei, daß er dem getöteten Wolf  
Hilfe zu leisten gekommen sei. Soweit Verurteilung eines  
getöteten sei, habe für das Schwurgericht keinerlei Zweifel  
bestanden, daß die Angeklagten beteiligt waren. Die Mitten  
sich sämtlich der gemeinschaftlichen gefährlichen Absper-  
rung und Raubhandels schuldig gemacht. Die Folge der  
Tat sei der Tod des Wolf gewesen.

...Bei der Strafzumessung sei zugunsten der Angeklagten  
ihre Jugend und ihre Unbescholtenheit, zu ihren Ungunsten  
berücksichtigt worden, daß kein Mord vorlag, derartig vor-  
gegangen, wie sie es getan hätten. In beiden Fällen seien die  
Reichsbannerleute gestrichelt und bei der Tat auf der Schul-  
straße sei Wolf von den Angeklagten getötet, umringt und  
ohne Grund erschossen und getötet worden.

...Im Anschluß verkündete der Vorsitzende noch zwei Be-  
schlüsse, nach denen die Bewilligung einer Bewährungsstrafe  
bei sämtlichen Angeklagten abgelehnt wird, da die Voraus-  
setzungen dafür nicht vorliegen. Ebenfalls wurde der An-  
trag auf Haftentlassung bei allen Angeklagten abgelehnt, da  
das Gericht der Ansicht ist, daß Fluchtverdacht besteht.

...Besonders der freigesprochene Ehrenbach ist aus der Haft  
entlassen worden.

# „Ein Abend für Flandern“.

...Die Ortsgruppe Miesla des „Völkischen Ver-  
bandes“ veranstaltete gestern im Saale des „Wettiner  
Hofes“ einen Abend im Zeichen der Stammesverbundenheit  
mit den flämischen Brüdern und Schwestern in den Ge-  
genden Flanderns, dem aus dem Weltkrieg und allen so gut  
bekannten nördlichen Bundesstaat Belgiens. Herr Ober-  
lehrer Janke, der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe,  
brachte in seinen Begrüßungsworten an die Versammlung  
seine besondere Freude darüber zum Ausdruck, daß ein be-  
rühmter Fläme, ein Führer in der flämischen Bewegung zum  
geistigen Anführer an das deutsche Wesen selbst in unfer-  
ster Nähe. Mit ehrenden Worten hielt der Vorsitzende  
den Herrn Freiherr von Ziegelaar sodann im Kreise  
der hierorts auf deutsch Bekannten herzlich willkommen,  
und dankte ihm dafür, daß er es übernommen habe, über  
„Das tausendjährige Kampfen und Leiden des Flamentums  
und die glückliche Wirkung der deutschen Besetzung Belgiens  
1914-1918“ zu sprechen.

...Der Vortragende, Herr Freiherr von Ziegelaar,  
stellte sodann in seinen mit Spannung erwarteten und  
ebenso verfolgten Ausführungen die geschichtliche  
Entwicklung des Flamentums in den Vordergrund  
seiner Rede; mit Behmut sprach Redner davon, daß das  
Volk der armen Flämen darin bestanden hat, dem großen  
deutschen Bruderkreis bis zum Weltkrieg 1914/18 unbekannt  
gewesen zu sein, obwohl doch Flandern das Gebiet des am  
weitesten nach Westen vorgeschobenen deutschen Volks-  
stammes ist. Erst mit Beginn des Weltkriegs haben viele  
Deutsche davon Kenntnis erhalten, daß da draußen auf  
flämischer Erde auch deutsche Brüder lebten, die die  
Zugehörigkeit zum belgischen Staat offiziell zu unseren Fein-  
den stempeln sollte, während seitens der Flämen doch stets  
ein Drang nach Vereinigung mit deutschem Wesen  
lebendig erhalten wurde. Ja, es ist so bedauerlich in diesem  
besonderen Falle 1914/18: Wir Deutsche schlugen uns da  
draußen die Köpfe blutig, um zu erkennen: daß wir Brüder  
sind! — Redner führte dann in seinem höchst interessanten  
und lehrreichen Vortrag, aus dem an dieser Stelle aus  
raumtechnischen Gründen nachdrücklich nur das Allerwesentlichste  
wiedergegeben werden kann, weiterhin aus, wie nach der  
Dreiteilung des Reichs Karls des Großen nach dessen Tode  
Flandern zunächst an Frankreich kam, von welchem Staat  
es immer nur ausgebeutet worden ist, bis zu Beginn des  
14. Jahrhunderts die Flämen sich befreiten und sich gegen  
die französischen Fredehellen wehrten. Der 5. Mai 1908  
— der berühmte Tag von Brügge — ist ein Markstein in  
der germanischen Freiheitsbewegung der Flämen. Aber

...immer wieder gelang es den Herrschenden in Westeuropa,  
die Flämen unterzukriegen. Redner betonte dabei die  
Trenne, die die Flämen Karl V. gegen Franz I. im 35-jährigen  
Kriegsjahr nochmals gehalten haben. Freizeit mit Worten  
der Verbitterung die geschichtliche Epoche überhaupt, in der  
Flandern unter den Habsburgern stand und beridete  
Räuber über die Flämen in ihrem Verhältnis zu Napo-  
leon I. Zusage des Wiener Kongresses 1815 vereinigte  
man Flandern mit den Niederlanden; die Revolution in  
Brüssel vom Jahre 1830 und die Errichtung des belgischen  
Königreiches, bestehend aus dem den Niederlanden wieder  
weggenommenen flämischen 3 Millionen Flämen ab-  
scheiden und dem walloonischen (mit nur 2 Millionen Bel-  
gischen) Gebietsteil und einem deutschen Fürsten (Leopold I.)  
aus dem Hause Sachsen-Coburg an der Spitze, rüch-  
te Redner lebendig in den Vordergrund der neuzeitlichen Be-  
trachtungen seines Themas, um dann endlich von den  
Kämpfen der Flämen gegen walloonische Willkür kurz vor  
dem Weltkrieg zu sprechen. — Wie eine unverfälschte  
Freundenaufrichtlichkeit den Flämen dabei die Zeit der deut-  
schen Besetzung Belgiens, der geistigen Befreiung Flän-  
derns 1914/18; um so tiefer war der Sturz sodann zu Ende  
des Weltkriegs, wo Enttäuschung auf Enttäuschung folgte,  
wo der Anschlußgedanke Flanderns an Deutschland erstickt  
ward durch belgisch-französische Raubzucht. Und dennoch  
lebt in den Flämen das Gefühl fort zu germanischer Stamm-  
esverbundenheit mit allen Deutschen (und wird nie er-  
löschen, solange es Flämen vom Format des Vortragenden  
gibt!), an deren Wesen die Welt wieder gemessen soll und  
muß!

...Mit starkem Beifall dankte die Versammlung dem  
ausserordentlich wissenschaftlichen Vortrag des Freiherrn, der  
alsdann die Anwesenden noch durch einen kurzen Vortrag  
in flämischer Sprache erfreute.

...Die musikalische Umrahmung der alldeutschen Ver-  
anstaltung hatte die bewährte und gern gehörte Kapelle  
Trockel übernommen.

...Mit dem Gelächter der Treue zu den flämischen Brü-  
dern beendete der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe den  
Abend.

...Nach Schluß des Flämenabends wurde an den Flämen-  
führer Borms, den Vorsitz der Rates von Flandern, der  
1918 nach dem Abzuge der deutschen Truppen aus Belgien  
in London blieb und zehn Jahre im Kerker schmachtete,  
folgende Drahtung gefandt:  
„August Borms, Marksem-Antwerpen, na voordracht Ziegelaar  
trouws groot der bloke van Vlaenderen.“  
Alldeutscher Verband Miesla.

...Reihen. Rängen und. Beim Stöckern auf  
Lanzenberger Flur fand man einen alten Reberbeul mit  
317 alten Goldstücken aus den Jahren 1755 bis 1811.  
Wahrscheinlich war der Schatz während der napoleonischen  
Kriege vergraben worden.

## Einzeichnungslisten für die Kandidatur Hindenburgs zur Reichspräsidenten-Wahl

...liegen von heute, Mittwoch, dem 3. Februar, bis  
einschließlich Sonnabend, dem 6. Februar, in der  
Geschäftsstelle des Mieslaer Tagesblattes aus.  
Wir bitten alle diejenigen, die Hindenburg ihr  
Vertrauen bezeugen wollen und ihr seine Wiederwahl  
haben, sich in die Einzeichnungsliste einzutragen, die  
nur bis einschließlich 6. Februar anliegt.  
Wer ist für Hindenburg? — Das ist die Frage,  
die nunmehr an das ganze deutsche Volk gestellt wird!  
Wie ist deine Antwort?

...Dresden. Mutter stirbt mit Kind in Fahrstuhl-  
schacht. Ein tragischer Unglücksfall ereignete sich am Dien-  
stag nachmittag in der 5. Etage im Hause Wolkenstraße 2.  
Dort war eine Frau mit ihrem vierjährigen Kinde vom  
ersten Obergeschoß in den Fahrstuhlschacht gestürzt. Die  
schwerverletzte Frau wurde von der Feuerwehr geborgen  
und mittels Krankenwagens nach dem Krankenhaus  
Friedrichstraße gebracht. Sie scheint bei dem Unfall schwere  
innere Verletzungen davongetragen zu haben, während das  
Kind anscheinend heil geblieben ist.

...Dresden. Veruntreuungen im „Fresskeller“. Bei  
der Bronzerie zum Fresskeller in Dresden sind große  
Unterschiedungen festgestellt worden. Prokurist  
Hübner hat schon seit Jahren Veruntreuungen begangen,  
die er sehr geschickt zu verdecken verstand. Sie sind erst vor  
kurzem festgestellt worden. Die Ermittlungen sind noch  
nicht abgeschlossen, so daß sich die genaue Höhe der Verun-  
treuungen noch nicht übersehen läßt. Immerhin soll der  
Betrag an die hunderttausend Mark heranziehen. —  
Direktor Klapp, der langjährige Leiter des Unter-  
nehmens, ist kürzlich infolge erkrankt worden. Nach  
unseren Ermittlungen soll aber diese Maßnahme des  
Aufsichtsrates mit den Unternehmern nicht im Zu-  
sammenhang stehen.

## Mieslaer Standesamts-Notizen

...auf die Zeit vom 16. bis 31. Januar 1932.  
(Stadt Miesla, Gemeinden Sobersien, Fördberge, Lissa,  
Mergendorf, Pockra und Poppitz.)

...Geburten:  
Ein Knabe: Dem Fabrikarbeiter Hermann Otto Müller  
in Pockra; dem Gutsbesitzer Rudolf Franz Erich Hage in  
Poppitz; dem Kaufmann Richard Max Wagner, hier; dem  
Studenten Wilhelm Johannes Heine, hier; dem Reichs-  
eisenbahnarbeiter Max Alfred Müller, hier; dem Bäcker-  
meister Curt Alfred Scheibe, hier; dem Hilfsarbeiter Robert  
Otto Heine, hier. — Ein Mädchen: Dem Diplomingenieur  
Curt Rudolf Schäfer, hier; dem Arbeiter Otto Curt Antraq  
in Poppitz; dem Eisenarbeiter Arndt Warten, hier. —  
Außerdem: Vier uneheliche Geburten.

...Aufgebote:  
Der Arbeiter Hermann Richard Klüber in Strehla,  
mit der Emma Rosa Odenorf, ohne Beruf, in Pockra;  
der Eisenkontrolleur Max Baron, hier, mit der Gina  
Alma Haudold geb. Vogt, ohne Beruf, hier; der Architekt-  
meister Kurt Otto Wargenberg, hier, mit der Laborantin  
Martha Irene Willkomm, hier; der Arbeiter Paul Ulrich  
Kohberg, hier, mit der Babette Margaretha Meyer, hier;  
der Schlosser Otto Fritz Krähler in Strehla, mit der  
Rosa Ella Köhler in Pockra; der Schlossergeselle Wilhelm  
Kurt Dutschke, hier, mit der Kaufmännin Martha Marie  
Wilhelm, hier; dem Conditorenhilfs Karl Rudolph Eisen-  
reich, hier, mit der Marie Frieda Große, hier; der  
Zimmermann Max Curt Froberg in Pöschau, mit der  
Arbeiterin Frida Alma Wilhelm, hier; der Schreiner-  
arbeiter Hermann Buh, hier, mit der Stretlerin Auguste  
Marie Vogel, hier.

...Geschließungen:  
Der Söldner Adolf Paul Bruno Tieslat, hier, mit  
der Verkäuferin Anna Ella Müller, hier; der Schmiede-  
meister Emil Dugo Baumig in Poppitz, mit der Pflegerin  
Martha Anna Trauold in Poppitz; der Fleischermeister  
Ernst Alfred Bemme in Pöschau, mit der Verkäuferin Clara  
Gertraud Schlade, hier; der Betriebsmotoführer Gustav  
Richard Sömann in Pöschau, Bezirk Pöschau, mit der  
Anna Ella Höhne, ohne Beruf, hier.

...Sterbefälle:  
Otto Deins Erler, 2 Jahre alt, hier; der Kranführer  
Wilhelm Johann Knob, 28 Jahre alt, hier; der Eisen-  
werkarbeiter Karl Friedrich Knapp, 47 Jahre alt, hier;  
der Lokomotivführer L. K. Richard Heine, 53 Jahre alt,  
hier; der Schriftleiter Ernst Richard Schmidt, 61 Jahre  
alt, hier; Wilhelmine Selma Freund geb. Richter,  
Arbeiterweib, 53 Jahre alt, hier.



**Amfliches**

Die Nachlassverwaltung über den Nachlaß des am 14. 12. 30 verstorbenen, in Riesa wohnhaft gewesenen Fabrikanten Edward Willi Nozelat wird aufgehoben, weil eine den Kosten entsprechende Masse nicht vorhanden ist.  
Amtsgericht Riesa, den 30. Januar 1932.  
N. Reg.-N. 1/31. 294/32.

In das Briefge-Handelsregister ist am 2. Februar 1932 auf Blatt 752 eingetragen worden die Firma „Otto Fischer in Glauchitz“ und als deren Inhaber der Kaufmann Gustav Max Otto Fischer in Glauchitz B. Weiter wird bekanntgemacht: Der Geschäftsweg ist die Herstellung und Vertrieb von Tischspielzeugen. Die Geschäftsräume befinden sich in Glauchitz B Nr. 30.  
Amtsgericht Riesa, den 2. Februar 1932.

Der auf den 4. Februar 1932 anberaumte Termin zur Zwangsversteigerung der Grundstücke Blatt 150 und 379 des Grundbuchs für Gröba, eingetragen auf den Namen des Stellmachermelsters Otto Münch, ist aufgehoben worden.  
Amtsgericht Riesa, den 3. Februar 1932.

**Freibank Seerhausen.**  
Donnerstag 8 Uhr festliches Musikfest.

Wie im vorigen Jahre, so beabsichtigt das unterzeichnete Pfarramt auch in diesem Jahre, für solche, die vom Religionsunterricht der Schule abgemeldet und der „Tugendlehre“ zugeführt worden sind und den Wunsch haben, sich noch konfirmieren zu lassen, einen besonderen (mentalistischen) Unterricht zu veranstalten, der unter Umständen auch in den Abendstunden stattfinden kann. Meldungen dazu in der Pfarramtsekretärin.  
Ev.-luth. Pfarramt Riesa-Mitadt, 3. Febr. 1932.

**Vereinsnachrichten**

AG. Adler, Donnerstag, den 4. 2. Monatsverg. 20.30 Uhr Dampfbad.  
Briefmarkensammler-Verein Riesa, Donnerstag 8 Uhr im Goldenen Löwen.

**Holzauktion.**

Im Fortreiter-Glauchitz kommen am Sonnabend, den 6. Februar, vorm. 9 Uhr gegen Barzahlung meistbietend zur Versteigerung:  
ca. 200 m Ri-Rohholz, 1 und 2 m lang geföhrt  
100 m Bi- und Erlen-Hollen  
300 Stück Ri-Rohspritzungen  
25 Ri-Heißgabeln  
30 Bi-Heißgabeln  
sowie ein größerer Balken Birken- und Erlen-Rohholz.  
Versteigerung: Im Rabischlag a. d. Riesgrube.

**Restaurant „Grüne Aue“**  
Morgen Donnerstag  
der beliebte Dielentanz.

**Capitol Riesa**

Ab morgen Donnerstag bis Mittwoch, den 11. Februar die große Sensation für Riesa

**Reserve hat Ruh**



PAUL HÖRIGER - FRITZ KAMPERS - LUCIE ENOLISCH  
CLAIRE ROMMER - HUGO FISCHER-KÖPPE  
SENIA SÖNELAND - ALBERT PAULIG

Und hast Du Kummer, und drückt Dich der Schuh, dann laß Dich gesund bei —  
**„Reserve hat Ruh!“**  
Vorführung, werktags 7, 9, 15 Uhr, Einl. 6 Uhr, Sonntags 4, 6, 8 und 10 Uhr, Einlaß 1/4 Uhr

Und nach dem Theater treffen wir uns im **Erfrihungsraum Capitol**  
Am Mittwoch, 3. Febr. 1932 Ausschank von **Sternburg Bockbier** / Vorzügl. Küche  
Charlotte Mietzsch

**Katharina Zach  
Siegfried Wustmann**

stud. chem.  
**VERLOBTE**

Riesa-Gröba, 3. Februar 1932

**Winterhilfe 1931/32**  
**Hilfswerk der Stadt Riesa.**

Viele und reichliche Gaben sind im Laufe des Winters 1931/32 zum Hilfswerk der Stadt Riesa abgeführt worden. Wohl konnte damit den Hilfsbedürftigen der Stadt Riesa eine Weihnachtsgabe überreicht und in manche Familie diese oder jene Spende gegeben werden. Die Zahl der Hilfsbedürftigen ist aber so groß, daß bei weitem noch nicht alle bedacht werden konnten. Dabei ist die Not infolge der schon allzulange dauernden Arbeitslosigkeit in hunderten Familien wirklich so groß, daß dringende Hilfe not tut.  
Um in nächster Zeit wenigstens noch einigermaßen **Mittel zur Linderung der schlimmsten Not** zur Verfügung zu haben, ergeht an die Einwohnerschaft der Stadt Riesa nochmals die

**Bitte um Hilfe.**

Im Wege der **Haus- und Straßensammlung** hoffen wir, diese Mittel zu bekommen.

**Schleße sich keiner aus!**

Wer noch dazu in der Lage ist, der trage sein Teil zur Linderung der Not seiner Mitmenschen bei! Wer nicht in der Lage ist, Geld zu geben, kann seine Spende auch in der Form von Lebensmitteln, Heizmaterial oder Kleidungsstücken abführen. Das städtische Wohlfahrtsamt nimmt alles gern entgegen.  
Die Hausammlung erfolgt in der Zeit vom 6.—8. Febr., die Straßensammlung am 11. Februar 1932 durch freiwillige Helfer aus den im **Ortsausschuß für die Winterhilfe 1931/32** zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen freien Wohlfahrtsvereinigungen.  
Riesa, am 25. Januar 1932.

**Der Rat der Stadt Riesa.** Die Stadtverordneten zu Riesa.  
Dr. Scheider Oberbürgermeister. Dr. Mühlmeister Vorsteher. Günther Vizevorsteher.

Empfehle diese Woche  
**pa. Rindfleisch**  
zum Kochen 60 Wfa.  
**Schweinefleisch**  
Wfund 65 Wfa.  
Wackerfleisch, 45 Wfa.  
**H. Kopp, Röderau.**

**600 Str. Runtelrüben**  
je Str. 60 Wfa.  
**200 Sektner Bienenbrot**  
je Str. 3.25 Wfa.  
gibt sofort per Kasse ab  
(auch Subrenweise)  
**Karl Eichler, Thalheim**  
bei Oßatz.

**Sonderangebot**

**Balencia-Äpfelchen**  
groß — süß — saftig  
9 Stück 50 Wfa.  
20 Stück 1.— Wfa.  
**Saffa-Äpfelchen**  
7 Stück 50 Wfa.  
und die bekannten  
**5 Zeile für 98**  
empfiehlt

**Paul Pfeifer**  
Hauptstraße 93.

Alle, die unseren teuren Entschlafenen, den

**Privatus Gustav Holey**

durch reichen Blumenschmuck und letztes Geleit zu seiner Ruhstätte ehrten, uns aber durch warmempfundene Worte trösteten, bitten wir, hiermit unseren innigsten Dank entgegenzunehmen.  
Im Namen aller Hinterbliebenen  
Riesa, den 3. 2. 32. **Agnes verw. Bormann geb. Holey.**

**Brennholz**

Starke Rollen 8.00 Mk. je rm  
Schalte 9.50 Mk. je rm  
auch gefügt und fertig gespalten, ab Lager und frei Haus, empfehlen billigst

**A. G. Hering & Co.** Eißstraße 7  
Telefon 190

Nach kurzer schwerer Krankheit entschlief heute früh unsere liebe Mutter, Schwester und Schwägerin, Frau

**Marie vertm. Döft**

im 62. Lebensjahre. In tiefem Schmerz die trauernden Hinterbliebenen.  
Ründsch, 2. 2. 1932.  
Beerdigung Freitag 7,2 Uhr vom Trauerhaus, Oststraße 7, aus.

Montag abend 7,10 Uhr verchied nach kurzem Krankenlager meine liebe Frau, unsere gute Mutter

**Frau Pauline Döft geb. Krauß**  
im Alter von 66 1/2 Jahren.  
Die tieftrauernden Hinterbliebenen.  
Glauchitz B, den 2. 2. 32.  
Die Beerdigung erfolgt Donnerstag, 4. 2., nachm. 2 Uhr vom Trauerhaus aus.

**3-Zimmer-Wohnung**  
sucht junges anst. Ehepaar. Offert. unt. P 1845 an das Tageblatt Riesa.

**Laden**

mit ar. Schaufenster- und Nebenraum in guter Geschäftslage sofort billig an vermiet. Off. unt. P 1844 an das Tageblatt Riesa.

**4-6000 Mk.**

1. Dypoth. a. Brilo. a. Landwirtsch. gef. Off. u. D 1848 an das Tageblatt Riesa.

**Mädchen**

nicht über 15 Jhr., als Aufwartung f. einige Tage gef. Su erf. im Tagebl. Riesa.

**Hausmädchen**

(am liebst. u. Lande) gefucht. Su erf. im Tagebl. Riesa.

**Baderlehrstelle**

für Ostern 1932. Su erf. im „Stadtscheer“ Riesa Hauptstraße 42.

**Wir suchen**

erfahrene Personen für Uebernahme einer Vertriebsstelle. Ort u. Beruf gleich. In Erfahrung. Angeb. unter D. I. G. Nr. 474 an Hrn. Oestertstein & Partner, Rlin.

**ESW-Betten**

Su verkaufen:  
1,10 weiche Spannbette, 1. u. 2. fährig, 1,2 weiche Gefingenten, 1 fährig, 1,2 weiche Truten, 1 fährig. Volkshalle Bobbitz.

**Ein Rind**

verpundet, je Wfd. 50 u. 60 (Verkauf morgen nachm.)  
Heyde, Gröba, Alleestr. 10.

**Verpfunde**

nächsten Freitag von 11 Uhr vormittag an

**ein Rind.**

**Robert Meichner Weida.**

**2 Kuhkälber**

zur Zucht, beste Abstammung, verkauft Kramer, Heyde.

**Pferde-Verkauf!**

Stelle ab heute frische rheinische, belgische u. offizielle Pferde, sowie gute Zuchtstiere billigst zum Verkauf.  
Lommatzsch  
**H. Metzdorf** Telefon 65.

**Ga-Wa-Ri**  
ledel stark  
Sonnabend, 6. 2.  
der berühmte Meckenball  
(Hollywood!)  
Geisth. Waldheim-Rieschenhain



**Billige Trockenfrüchte**

- Mischobst sehr schön (ohne Feigen) Pfd. 35
- Mischobst Ia Pfd. 50
- Pflaumen feine schwarzblanke Ware Pfd. 30
- Ringapfel 1931er weiße Pfd. 42
- Birnen helle californ. Pfd. 58
- Pflirsche geschälte calif. Pfd. 58
- Aprikosen von Pfd. 45

**Faltnachtsbäckerei**

- Kokostett garnet rein Pfd. 36
- Schmalz, amer. Pfd. 48
- Margarine von Pfd. 36
- 5% Rabatt 5%

**Thams & Carls**  
Riesa.

**Zahnmerz** auch der bettlagte, sofort weg durch „Blis“, Fl. 75 Wfa. Su haben bei Friseur Rth. Gwidia, Hauptstraße 61.

**Familiendrucksachen liefern schnellstens**  
Langer & Winterlich, Riesa, Goethestr. 59

**Leder- und Wollberg**

Deute rinnetrossen **starke Nasen**  
im Fell, netzreit, gefischt, geteilt. Ostentlein, Bildtauischen, Rochtauden, leb. Karpen u. Schleien, täglich frisch.  
**Angelweilich, Radkau**  
Goldbarck, Feinlach, Fischler, außer Oeringe, Schollen, Rotungen.  
**Clemens Bürger.**

**Zwangs-Zunng für das Damenschneidergewerbe zu Riesa u. Umg.**  
Die diesjährige Gefellenbräutigam findet Anfang April im Rest. Oststraße statt. Geluche sind unter Beifügung des Lebenslaufes, Lebensmittels, 8 Wfd. Bräutigamsgebühren sowie des Vorschlages zum Gefellenstück bei Unterzeichnetem bis zum 29. Februar einzureichen.  
In Vertret. der Obermeisterin  
Hrn. Jähns, Goethestr. 43.  
Die heutige Nr. umfaßt 10 Seiten.



# Sächsischer Landtag.

## Der Innenminister zur Senkung der Neubaumieten. Die Fusion Staatsbank - Adca vor dem Landtag.

III. Dresden, 2. Februar 1932.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Innenminister Nießner den Ministerialdirektor Dr. Mittel und den Ministerialrat Dr. Koler vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium gegen Vorwärts in Schutz, die der nationalsozialistische Abgeordnete Stübgen in der letzten Sitzung gegen die beiden erhoben hat. Ebenso weist er die Angriffe des sozialistischen Abgeordneten Gatzig gegen Direktor Gergig zurück.

Abg. Gatzig (Soz.) begründet sodann einen Antrag seiner Fraktion: alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den finanziell bedrängten Mietern Hilfe zu bringen und die Mieten für Neubauwohnungen zu verbilligen. Die Verschlechterung der Wirtschaftslage hat diejenigen, die in den Jahren nach 1924 Neubauwohnungen und Siedlungen errichtet haben, in eine besondere Notlage und in Zahlungsschwierigkeiten gebracht. Während Inhaber von Altwohnungen von einem Teil der Mieten befreit werden können, sind Inhaber von Neubauwohnungen zur vollen Zahlung der ohnehin höheren Mieten verpflichtet. Viele Siedler, die inwieweit erwerbslos wurden, sind außerstande, die erheblichen Kosten für ihre Neubauten aufzubringen; es besteht die Gefahr, daß sie ihr Eigentum verlieren und daß hierbei auch die als Baudarlehen gewährten Beihilfen aus den Mitteln der Aufwertungssteuer verloren gehen. In gleicher Lage sind die Besitzer von Neubauwohnungen, die infolge der verschlechterten Einkommensverhältnisse ihre Wohnungen, die im Durchschnitt wesentlich teurer sind als gleichwertige Altwohnungen, nicht mehr vermieten können.

Für die Regierung gab Innenminister Nießner folgende Erklärung ab: Der Regierung ist die Notlage vieler Mieter in Neubauwohnungen und zahlreicher Siedler, in die sie durch die zunehmende Arbeitslosigkeit, durch Lohn- und Gehaltskürzungen geraten sind, wohl bekannt. Die Regierung erhoffte eine wesentliche Vinderung dieser Notlage durch die 4. Rotverordnung des Reichspräsidenten vom 8. Dezember 1931, die deshalb abgewartet werden mußte. Diese Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt. Wenn in der Presse die Erwartung ausgesprochen wurde, daß durch die Rotverordnung eine Mietenkung von 15 Prozent eintreten würde, so steht das tatsächliche Ergebnis hierzu in starkem Widerspruch. Ein vollständiger Ueberblick ist bis jetzt noch nicht gegeben, es steht jedoch soviel fest, daß die Senkung der Neubaumieten weit hinter den Erwartungen, weit hinter der Senkung der Mieten von Altwohnungen zurückbleibt. Die sächsische Regierung ist bereit, ihrerseits der Notlage Rechnung zu tragen und zu ihrer Vinderung beizutragen. Die Regierung trägt sich deshalb mit dem Gedanken, dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes zu unterbreiten, durch das die gemäß § 2 des Gesetzes über Steuer- und Gebührenfreiheit von Wohnungsbauten auf 6 Jahre festgesetzte Belastung von der Grundsteuer auf weitere zwei Jahre ausgedehnt werden soll. Sodann wird eine Anordnung erlassen, nach der die Tilgungsrate für die aus dem Wohnungsbau gewährten Baudarlehen, die nach Ablauf von 5 Jahren auf 2 Prozent erhöht werden sollte, ebenfalls auf weitere zwei Jahre in der bisherigen Höhe von 1 Prozent belassen wird. Eine entsprechende Regelung für die von den Gemeinden ausgedehnten Baudarlehen könnte nur durch Gesetz getroffen werden. Eine einheitliche Regelung scheidet hierbei wegen der Verschiedenartigkeit der von den einzelnen Gemeinden aufgestellten Bedingungen, die sich wiederum zum Teil, nämlich wenn sie Anleihen aufgenommen haben, nach den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen gegenüber ihren Geldgebern zu richten haben, auf größte Schwierigkeiten. Den Gemeinden wird aber dringend empfohlen, den Beispielen des Staates zu folgen.

Als Erleichterung gegenüber dem gegenwärtigen Zustande kann nur in Frage kommen, in besonders schwierigen Fällen die Tilgung der Baudarlehen auf gewisse Zeit ganz aussetzen. Ferner wird sich eine Erleichterung auch dadurch erreichen lassen, daß die Tilgungsrate der 1. Hypothek durch Verhandlungen mit den Hypothekengläubigern auf das wirtschaftlich unbedingt gebotene Maß herabgesetzt wird. Auch die Regierung wird nach dieser Richtung auf die Hypothekengläubiger einzuwirken versuchen.

Den Beamten, die sich mit Hilfe von Aktivvorschriften aus der Staatskasse angelehnt haben, ist bereits eine Verlängerung der Tilgungsfrist ausgedehnt worden. Ob und inwieweit denjenigen Neubaumietern, deren Mieten bisher durch Zuschüsse an die Hausbesitzer gesenkt worden sind, weiterhin mindestens im gleichen Umfang geholfen werden kann, wird sich erst dann sagen lassen, wenn darüber Klarheit besteht, welche Beträge aus der Mietsteuer für Zwecke der Wohnungswirtschaft zur Verfügung stehen.

Nach weiterer Aussprache wurde der sozialdemokratische Antrag, sowie ein Zusatzantrag der Volksrechtspartei angenommen: in diesem Zusatzantrag wird gefordert, auf die Gemeinden einzuwirken, die Erbschaftsteuer für Siedlungsland dem sanktionierten Bodenwert anzupassen; in Bedrängnis geratenen Siedlern die Tilgung der Mietzinsrenten-Hypotheken zu künden; ihre Sparkassen zu schnellerer Ablösung von Siedlerzinsrenten und zur Vergabe von Hypotheken zu günstigen Bedingungen an Siedler zu veranlassen; bei den zu hohem Baukosten-Index erhaltenen Neu-

baubankern die erforderlichen Abschreibungen vorzunehmen und die Miete dem Neuwert anzupassen, schließlich die Rückflüsse aus der Mietzinssteuer zum Kleinwohnungsbaue zu verwenden.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage betr. die Rotverordnung über die

### Geschäftserweiterung der Sächsl. Staatsbank

vom 31. Juli 1931. Finanzminister Hedrich gibt dazu einige Erläuterungen: Die Regierung ist nach wie vor davon überzeugt, daß der Zusammenschluß der beiden Bankinstitute sich zum Vortheile der Gesamtwirtschaft des Landes auswirken wird. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nochmals daran, daß durch die Fusion zwei Institute zusammengeführt worden sind, von denen jedes für das sächsische Wirtschaftsleben von besonderer Bedeutung ist. Das eine wie das andere Institut ist mit der Wirtschaft des Landes besonders eng verbunden und dient von jeher in besonderem Maße ihren Interessen. Man kann annehmen, daß allein mit der Adca etwa zwei Drittel der sächsischen Wirtschaft in irgend einer Weise in Geschäftsverbindung stehen. Und auch aus den Tätigkeitsberichten der Sächsischen Staatsbank ist bekannt, in welchem Umfange und mit welchem Erfolge insbesondere in den letzten Jahren das Staatsinstitut seiner gesetzlichen Aufgabe entsprechend das sächsische Bank- und Kreditgeschäft gepflegt und zur Förderung des heimischen Wirtschaftslebens beizutragen hat. Gerade diese schon bisher gemeinsame Richtung des Tätigkeitsgebietes beider Institute schafft nach Ansicht der Regierung die denkbar besten Bedingungen für ihren Zusammenschluß und läßt die Hoffnung für eine gedeihliche und für die Wirtschaft des Landes erfolgreiche Zusammenarbeit in besonderem Maße berechtigt erscheinen.

Abg. Müller (Soz.) erläutert einen Antrag, der die Regierung ersucht, den Landtag bei der Bewertung von Vermögensmassen der beiden Institute Adca-Staatsbank maßgebend zu beteiligen, ferner den künftigen Gesellschaftsvertrag dem Landtag zur Genehmigung vorzulegen und dafür zu sorgen, daß die Gehälter des neuen Unternehmens nach dem Reichstaxif für das Bankgewerbe geregelt werden. Nach einem weiteren Antrag sollen Entlassungen von Tarifangestellten nicht vorgenommen werden, es sollen ihnen keine Schädigungen ihres Arbeitsverhältnisses erwachsen und die Angestellten der noch weiter in die Fusion einzubeziehenden Institute sollen unter den gleichen Bedingungen zu übernehmen sein.

Abg. Voigt (Dsp.) begründet einen Antrag, die Regierung möge dafür sorgen, daß sich aus der Fusion keine Beeinträchtigung der Angestelltenverhältnisse ergebe. Die vom Staat zu übernehmende Garantie erfordere allerdings einen starken Einfluß des Staates auf das neue Institut. Daher müsse der Landtag regelmäßig über die Geschäftslage unterrichtet werden.

Hierzu erklärte Finanzminister Dr. Hedrich namens der Regierung u. a.: Endgültiges könne man über den Gesellschaftsvertrag, die Vereinigung der beiden Institute und die Festsetzung der Kapitalquoten heute noch nicht sagen. Für das neue Unternehmen werde aber das beiderseitige Einbringen sorgfältig bewertet und dem Staat die seiner Haftung entsprechende Stellung gegenüber der Verwaltung der Bank eingeräumt werden. Den Vertrag schon jetzt entsprechend dem gestellten Antrag festzulegen, erscheine unmöglich und widerspreche dem Interesse des Staates und der Wirtschaft, das Bankinstitut so einzurichten, daß es am besten die unentbehrliche Funktion der Geldbewirtschaftung und Kreditversorgung Sachsens erfülle. Es handle sich um ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen, an dem privates Kapital beteiligt sei und bleiben solle. Die Zahl der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder werde auf das nötige beschränkt und ihre Bezüge den Verhältnissen angepaßt werden.

Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Dr. Koller (Staatsp.), Günther (Wirtschp.) und Reihhorn (Rom.), der die Vorlage ablehnte, führte Abg. Dr. Ehardt (Dsp.) aus, daß keine Partei zwar verschiedene Bedenken gegen die Vorlage habe, aber andererseits doch die Notwendigkeit der Zusammenlegung anerkenne. Es sei durch die Fusion ein großes und kräftiges Unternehmen geschaffen worden, das die besonderen Interessen der mitteldeutschen und namentlich des sächsischen Wirtschaftsgebietes wahrnehmen könne.

Die Regierung beantragte, die Anträge dem Rechtsauschuß zu überweisen. Das Haus beschloß demgemäß.

Hierauf wurde die Regierungsvorlage wegen Uebernahme einer Staatsbürgerschaft für Kredite der Sparkassen bei der Reichsbank ohne Aussprache dem Haushaltsausschuß II überwießen, ebenso die Regierungsvorlage über die Uebernahme einer Staatsbürgerschaft beim Zusammenschluß der sächsischen Kraftwagenindustrie.

Nächste Sitzung am 9. Februar, 13 Uhr.

# Verhandlungen über Lohn- und Bürgersteuer.

Abg. Berlin. Im Reichsfinanzministerium fand am Dienstag eine längere Besprechung zwischen Minister Dietrich, Vertretern der Spitzenorganisationen aller Minderungen und den Abg. Erbus (Br.), Gergig (Str.) und Dr. Gergig (Soz.) statt.

Die Vertreter der Parteien und der Gewerkschaften brachten, wie das Nachrichtenbüro des RdB, erfährt, noch einmal die unzulässigen Folgen der Bürgersteuer und der Aufhebung der Lohnsteuererstattungen zur Sprache. Sie verlangten 1. volle Befreiung aller Lohn- und Gehaltsempfänger, die infolge Kriegsarbeit oder aus anderen Gründen weniger verdienen, als die Rückflüsse der Wohlfahrtsbeihilfen betragen, 2. Ermäßigung der Bürgersteuer auf die Hälfte bei allen Lohnempfängern, wobei das Einkommen zur Zeit der Zahlung der Bürgersteuer und nicht das Einkommen von 1930 zugrunde gelegt wird.

Reichsfinanzminister Dietrich erklärte die Berechtigung der beiden Forderungen an und sagte zu, 1. wegen der Befreiung der Einkommen unter den Wohlfahrtsunterstützungsfällen eine Vereinbarung mit dem Deutschen Städtebund und den übrigen kommunalen Spitzenverbänden herbeizuführen, 2. spätestens vom 24. Februar ab bei allen Lohnempfängern nur noch den halben Lohn der Bürgersteuer zu erheben. Die erforderlichen neuen Durchführungs-

Bestimmungen sollen sofort im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet und schon in den nächsten Tagen dem Reichstag vorgelegt werden.

Ferner verlangten die Partei- und Gewerkschaftsvertreter grundsätzlich die Wiedereinführung sämtlicher Lohnsteuererstattungen. Sie erkannten aber an, daß aus technischen und finanziellen Gründen die Durchführung dieser Forderung in vollem Umfange gegenwärtig nicht möglich ist. Deshalb beschränkten sie sich auf die Forderung, daß die Rückflüsse aus allen Beihilfeleistungen auf Grund des § 131 der Reichsabgabenordnung entweder auch für die veranlagten Bespänner aufgehoben oder auch für die Lohn- und Gehaltsempfänger wieder eingeführt würden.

Der Reichsfinanzminister wies darauf hin, daß das einen großen Mehraufwand verursachen und die Gemeinden, insbesondere aber die Finanzierung der Wohlfahrtsunterstützung in neue Schwierigkeiten bringen würde. Er hielt es daher im Augenblick nicht für vertretbar, dieser Forderung zu entsprechen, sagte aber eine nochmalige abschließende Prüfung zu. Eine Sonderregelung soll für diejenigen nicht tätigen Arbeiter angestrebt werden, die nur wenige Tage in der Woche Arbeit haben und Lohnsteuer zahlen müssen, obgleich ihr Lohn die Freibeträge bei der Lohnsteuer bei weitem nicht erreicht. Nach dem Vorbild

der Sonderregelung bei den Hamburger Hafenarbeitern soll auch für die anderen unständigen Arbeiter versucht werden, ein Abgabungsverfahren durchzuführen, das in Zukunft die Ueberzahlung von Lohnsteuer nach Möglichkeit ausschließt.

Die Sozialdemokraten befielen sich ihre Stellungnahme vor, da sie an der Wiedereinführung der Lohnsteuererstattungen grundsätzlich festhalten wollen.

### Sindenburg kauft 100 000 Mark

Für den Wiederaufbau des Stuttgarter Schlosses. Stuttgart. Der Reichspräsident hat für den Wiederaufbau des alten Schlosses in Stuttgart einmalig 100 000 Mark aus seinem Verfügungsfonds bewilligt. Die Summe ist erfolgt, da es sich bei dem alten Schloss um ein historisches Baudenkmal handelt, dessen Restaurierung ein Verzicht des ganzen deutschen Volkes ist. Außerdem wird schon bei den Vorarbeiten für den Wiederaufbau zahllose Arbeitslosen Arbeitsmöglichkeiten geboten. Der württembergische Staatspräsident hat Sindenburg den Dank der württembergischen Regierung und des schwäbischen Volkes für die Spende ausgesprochen.

### Oberleutnant von Sindenburg zum Oberst befördert.

Berlin. Der Sohn und persönliche Adjutant des Reichspräsidenten, hiesiger Oberleutnant von Sindenburg, ist zum Oberst ernannt worden.

### Die Sozialdemokraten worten ab.

Berlin. Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hielt am Dienstagabend eine Sitzung ab, an der auch der aus Altona zurückgekehrte preussische Ministerpräsident Braun teilnahm. Der Fraktionsvorstand erörterte die gesamte politische Lage und dann insbesondere auch Wirtschaftstragen. Er beschloß, die Fraktion selbst für Donnerstag, den 11. Februar, einzuberufen.

In den politischen Fragen ist in dieser Sitzung des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes noch keine Entscheidung gefallen. Diese wird vielmehr einer demnächst stattfindenden Sitzung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion vorbehalten. Zunächst dürfte man abwarten, ob Sindenburg die ihm angebotene Kandidatur für die Reichstagswahlen annimmt. Im übrigen wird für die Frage, ob die Sozialdemokraten die Kandidatur Sindenburgs unterstützen, das Verhalten der Nationalsozialisten ausschlaggebend sein. Wie das Nachrichtenbüro des RdB hört, würde eine Kandidatur Sindenburgs den Sozialdemokraten das offene Eintreten für Sindenburg schon im ersten Wahlgang sehr erleichtern. Von einer vorzeitigen Reichstags-Einberufung ist nicht mehr die Rede, da nach Auffassung des Reichsinnenministeriums der 18. März als Wahltermin noch genug Zeit und die Befreiung dieses Tages noch rechtzeitig erfolgen kann, wenn der Reichstag, wie ursprünglich vorgesehen, am 23. Februar zusammentritt.

### Die Mittelschichten zum Finanzausgleich.

Abg. Der gemeinsame Ausschuss für Finanzpolitik beim Deutschen Handwerks- und Gewerbetag am 2. Februar und beim Reichsverband des deutschen Handwerks trat am 29. Januar unter dem Vorsitz von Obermeister Kunzsch-Dresden in Hannover zusammen, um sich mit der Frage der künftigen Regelung des Finanzausgleichs zu befassen. Von den Spitzenverbänden des Handwerks ist die Anregung zu gemeinsamen Schritten der deutschen Mittelschichten in dieser Frage ergangen. Der Ausschuss nahm einen Bericht der gemeinsamen Geschäftsstelle über die mit den hauptsächlichen Verbänden der Mittelschichten geführten Verhandlungen entgegen, einen weiteren Bericht von Syndikus Scherer-Dortmund über das Gutachten des früheren Staatssekretärs Popitz zu dem künftigen Finanzausgleich unter besonderer Berücksichtigung der Vorschläge für die Gemeindesteuern und beschäftigte sich sodann mit den Grundfragen einer gemeinsamen Stellungnahme der deutschen Mittelschichten zur Finanzreform und zum Finanzausgleich, die von Dr. Weise-Dresden erläutert wurden. Besonders eingehend erörtert wurde die Frage der Verteilung der deutschen Gesamtsteuerlasten, wobei das Handwerk den Grundlag der steuerlichen Gerechtigkeit vertritt, die Frage der Regelung der Freigebühren bei den einzelnen Steuern, die Bestimmung des kommunalen Steuerfußes sowie die Stellung der Gewerbesteuer in der deutschen Steuerreform. Der Ausschuss erklärte sein Einverständnis mit den von der Geschäftsleitung abgenommenen Maßnahmen. Die Vorschläge der Mittelschichten zur Finanzreform und zum Finanzausgleich werden den Ausschuss in seiner nächsten Sitzung beschäftigen. Im übrigen betraf die Aussprache die verschiedenen zur Zeit schwebenden finanz- und steuerpolitischen Fragen.

### Dr. Goerdeler im Verband Sächsl. Industrieller.

In einer überaus stark besuchten Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller hielt vor kurzem der Reichskommissar für Preisüberwachung, Herr Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, unter Darlegung seiner bis in die letzten Wochen gewonnenen reichen Erfahrungen eine bedeutsame und angelegte Rede über die zur Überwindung des deutschen Preisüberbaus in Erzeugung und Verteilungszweck notwendigen Maßnahmen. Mit Recht gab der Redner seinen Darlegungen einen großen Raum und ging davon aus, daß die Befreiung unseres Wirtschaftskörpers nicht durch einzelne Korrekturen an Symptomen, sondern nur durch die Lösung des ganzen Komplexes aller Fragen möglich ist, die durch Kriegsverlust, Verlust, Verlust an Sachgütern und Kapital, durch Reparationszahlungen, Verlust durch Inflation und übermäßige Verschuldung nach der Inflation, durch Irrtümer aller Art sowie durch Mangel der Wehrfreiheit aufgerufen sind und deren unentrinnbaren Auswirkungen sich das deutsche Volk ohne jede Illusion klar werden muß. Daraus folgte er die ernste und sittliche Notwendigkeit, daß wir von dem klaren Bewußtsein der Armut in Arbeit und Lebenshaltung ausgehend, unbeeindruckt mit höchster Nachbarschaft in den Zeitraum eintreten müßten, der mehr oder minder lang unter dem Zeichen einer uns aufzuzwingenden Autarkie stehen würde. Infolge der vielfach festgestellten Verluste wirtschaftliche Verständigungen auf einer unbilligen politischen Grundlage aufzubauen, gehen die Völker unter der Last der Auswirkungen dieser Verhältnisse daran, sich mit den von ihnen selbst befristeten Mitteln zu retten. In steigendem Maße wird die Aufnahme deutscher Waren im Ausland erschwert und verweigert. Für die deutsche Industrie seien die Wirkungen besonders schwierig. Trotz dem seien wir dazu gezwungen, diesen Zeitraum aus eigenen Kräften durchzuhalten, unsere moralische Widerstandsfähigkeit zu stärken, um die oberste Forderung, die Erhaltung des Staates, zu sichern. Daß auch diese Umstel-

enbrot  
Kobalt  
Daugt  
28.

chte

35

50

30

12

58

58

15

36

18

36

5%

pis

sch der

stliche

Blig

haben

buldit

RS

59

Das

werbe

ellen-

ulana

unter

ebens-

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes

ntes



una unfere Volles und die Wöfe von allen Krieg- und No-Friedensgewandheiten, die Einigung auf die Tafel nicht den Zusammenbruch der Kaufkraft, sondern ihre Erholung bedeuten dürfte und müsse, ist, wie er dort mit derselben Bestimmtheit zu erwarten wie die Pessimisten unproduktiver Volkswirtschafts-erzeugender Überorganisationen in Verwaltung und Wirtschaft, die der gefundenen Wirtschaft von Produktions- und Konsumkraft nicht hinderlich sein kann.

Die Wirtschaft an keine Ausführungen wurden in einer längeren Aussprache noch die verschiedenen Einzelfragen erörtert.

### Die anhaltische Rentenversicherung zurücktreten.

Deffau. In der Dienstag-Nachmittag-Sitzung des anhaltischen Landtages wurde ein nationalsozialistischer Antrag mit 19 gegen 17 Stimmen angenommen, dem dem Sozialministerium das Vertrauen entzogen wird. Daraufhin erklärte die Regierung ihren Rücktritt.

Deffau. In der letzten Nachmittags-Sitzung des anhaltischen Landtages wurde ein deutschnationaler Antrag, den Landtag sofort aufzulösen, und Neuwahlen mit ärztlicher Beihilfe auszusprechen, mit 20 Stimmen der Sozialdemokraten, Staatspartei und Kommunisten gegen 16 Stimmen der gesamten Rechten abgelehnt.

### Die Senkung der Bierpreise.

Vom 6. Februar ab in Kraft.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat am 29. Januar 1932 Anordnungen über die Senkung der Preise für Bier in Kraft gesetzt.

Die Preisermäßigung beträgt mit Wirkung vom 6. Februar 1932 an bei einem Ausschankpreis bis zu 80 Mark je Hektoliter 4 Mark, bei einem Ausschankpreis bis zu 100 Mark je Hektoliter 6 Mark, bei einem Ausschankpreis von mehr als 100 Mark je Hektoliter 8 Mark gegenüber dem Stand vom 8. Dezember 1931. In dieser Preisermäßigung ist die Senkung der Preise der Brauerien um 2 Mark je Hektoliter enthalten. Die auf die gesamten Verhältnisse entfallenden Teilbeträge sind errechnet und in einer tabellarischen Uebersicht der Anordnung beigefügt. Uebersicht der Ausschankpreise den Betrag von 80 Mark pro Hektoliter deshalb, weil besondere Anordnungen, wie die Fortführung von musikalischen oder ähnlichen unterhaltenden Darbietungen in mechanischer Art bestehen, so kann der Ausbehr der Geköhlte es bei einer Preisermäßigung von 4 Mark je Hektoliter bemessen lassen.

Die Inkraftsetzung der Anordnung vom 6. Febr. 1932 an soll den Ausschankpreisen die Möglichkeit geben, die notwendigen Umstellungen ohne Ueberhöhung vorzunehmen zu können. Schließlich ist die Uebernahme einer Preisstapel vorzuziehen, auf der der neue Preis einer Naheheit an dem Stand vom 8. Dezember 1931 in jedem Geschäftslokal auszuweisen ist.

### Verschiebung der Reichsratsitzung.

Berlin. (Funkpr.) Die für den morgigen Donnerstag in Aussicht genommene Vollklausur des Reichsrates ist abgesetzt worden, weil die Durchführungsverordnung zur Abkündigung der Gebäude-Entschuldungsteuer noch nicht verhandlungsfähig ist. Die Ausschussberatungen über diesen Gegenstand können erst am Dienstag der nächsten Woche fortgesetzt werden. Die Verschiebung der Vorlesung im Reichsrat selbst soll dann, wie das Nachrichtenbüro des Reichsrates, am Donnerstag der nächsten Woche erfolgen. In dieser Vollklausur sollen auch bereits die Verhandlungen über das Juagewelten, Kalfizierung der Vizepräsidenten für Kuratordienste und die Besetzung der Reichsratsmitglieder für 1932 festgelegt.

### Die Kundgebung des Volkstrauertages im Reichstag.

Berlin. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge hat jetzt die Einladungen zu seiner diesjährigen Gedenkfeier an die im Weltkriege gefallenen Soldaten herausgegeben. Die Gedenkfeier wird am Sonntag, dem 21. Februar, mittags 12 Uhr im Reichstag beantragen. Sie steht musikalische Darbietungen des Rosklosters Bildersbundes, der Berliner Liedertafel und des Tambourkorps „Frei wia“ vor. Die Ansprache hält der evangelische Feldpropst des Heeres und der Marine, D. Schögel.

### Nach-Deutschland appelliert an China und Japan.

Berlin. Die Reichsregierung hat, wie die Tokioische Zeitung berichtet, an die Regierungen in Tokio und Peking Telegramme geschickt, die besagen, daß Deutschland sich im Interesse der Wiederherstellung friedlicher Verhältnisse den Vorfällen der letzten Reichstagswahl anschließt. Es ersucht darum, daß die Kriegsvorbereitungen und alle feindlichen Aktionen sofort eingestellt und daß insbesondere die japanischen Truppen aus Schanhai zurückgezogen werden. Die chinesische und die japanische Regierung sollten sofort zur Regelung ihrer Streitfragen Verhandlungen aufnehmen.

Das Blatt schreibt zu diesem Schritt der deutschen Regierung, die Teilnahme der Reichsregierung an der englischen Vermittlungsaktion im skandinavischen Konflikt ist geklärt worden, nachdem Deutschlands Vertreter im Rat, Graf Helldorf, von Weizsäcker die deutsche Zustimmung schon auf der Nachmittags-Sitzung in Genf angekündigt hatte, für eine diplomatische Intervention in Tokio und Peking muß die Reichsregierung eine andere Form wählen als die Staaten, die wie England oder Frankreich, Niederlassungen in China haben, oder, wie Italien, besondere Exterritorialrechte in den chinesischen Hafenstädten besitzen. Infolgedessen hat die Reichsregierung ihre diplomatische Aktion als Mitglied des Völkerbundes streng nach den Satzungen des Völkerbundes unternommen.

### Belagerungszustand in Hankow.

Hankow. In einer Konferenz, die vier chinesische Beamte, der japanische Konsul und der japanische Marineattaché am Samstag nachmittag an Bord eines japanischen Kriegsschiffes hatten, einigte man sich dahin, daß keine Partei feuern solle, außer, wenn sie angegriffen wird. Der Belagerungszustand ist über die Stadt verhängt worden.

### Die Arbeiten des Völkerbundesrates.

Genf. (Funkpr.) Der Völkerbundesrat wird am Freitag noch einmal zusammentreten, um über das wahrheitsgemäße morgen zur Veröffentlichung gelangende Gutachten des Haager Gerichtshofes über die rechtliche Stellung der polnischen Staatsangehörigen im Gebiet der freien Stadt Danzig und über den Bericht des Liberia-Komitees zu beschließen. Der Rat wird weiter von dem Bericht des Schweizer Konsultats über die dortigen Zwangs-

Arbeitsverhältnisse nehmen. Die Tatsache, daß Japan die Intervention der Mächte begrüßt hat, dürfte damit zusammenhängen, daß, wie verlautet, im Völkerbund Verhandlungen darüber schweben, das aggressive Vorgehen Japans mit der Drohung eines Ausschlusses aus dem Völkerbund zu beantworten.

### Der Stand der Rentenabfindung.

Berlin. Im Reichsausschuß des Reichstages gab am Dienstag ein Vertreter des Reichsinnenministeriums einen Überblick über die finanziellen Leistungen der Renten gegenüber den vormals regierenden Parteienführern.

Derzeit hat an laufenden wiederkehrenden Leistungen lediglich Pensionen an frühere Hofbeamte zu zahlen, die im letzten Haushaltsjahr 28 Millionen Mark betragen. Es seien hat eine laufende Rente zu zahlen, eine sog. Sekundogenitur-Rente. Jedoch ist diese Angelegenheit noch strittig. Württemberg hat an das frühere württembergische Königsgebäude eine jährliche Rente von 50 000 Mark zu entrichten, die bis 1937 mit dem 20fachen Betrag abgelöst wird, und eine Rente von 70 000 Mark an die frühere Königin.

Die jährlichen Zahlungen des Landes Baden-Schwarzwald betragen 21 000 Mark, an den früheren Großherzog zahlbar bis 1938, je 11 500 Mark auf Lebenszeit an die Herzogin Maria Antonette und eine Prinzessin, sowie 17 000 Mark an die Herzogin Elisabeth. Ferner steht dem Herzog Adolf Friedrich auf Lebenszeit der Nießbrauch von 1000 Hektar Forst in einem geschätzten Werte von etwa 40 000 Mark jährlich zu. Braunschweig trägt lediglich die Aufgebühren und Unterhaltenskosten an 24 Beamte. Oldenburg hat keinerlei Leistungen mehr zu erfüllen.

Schwarzburg-Rudolstadt hat zu zahlen: 12 000 Mark Leibrenten an die Prinzessin Theda, 60 000 Mark Wittum an Anna Louise, zwei vererbliche Leibrenten von je 5150 Mk., eine lebenslange vererbliche Leibrente von 18 000 Mark an Friedrich Günther, 12 000 Mark Wittum an die vermittelte Prinzessin Alexandra und zwei Leibrenten von je 6000 Mk. Das Land Mecklenburg hat keinerlei Renten zu zahlen.

Berlin. (Funkpr.) Im Reichsausschuß des Reichstages wurde die Beratung über den sozialdemokratischen Antrag fortgesetzt, nach welchem 1. die Landesregierungen ermächtigt werden sollen, alle Leistungen aus Verträgen oder Urteilen an ehemalige Richter und Mitglieder der Landesherzlichen Familien mit sofortiger Wirkung einzufrieren, sowie 2. die auf Grund von Urteilen oder Verträgen an Stände gekommenen Ueberschüsse mit diesen Personen unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Länder und weiterer Volksteile neu zu regeln.

Hg. Schmidt (DVP) erklärte, die Deutsche Volkspartei lehne den Antrag als einen Eingriff in das verfassungsmäßig gesicherte Privatigentum und als ein Ausnahmeverfahren gegen einzelne Berufsstände entschieden ab.

Der Reichsregierung eine einseitige Stellungnahme zu diesem Antrag noch nicht herbeigeführt habe, daß vielmehr nur eine vorläufige Stellungnahme des Reichsjustiz- und des Reichsinnenministeriums vorliege. Unter Bezugnahme auf eine von dem Landesfinanzminister angeführten Frage erklärte er, daß bezügliche Renten auf Grund der Notverordnung vom 24. August 1931 nicht gekürzt werden könnten, da es sich bei diesen Renten nicht um Personalansprüche im staatsrechtlichen Sinne handele. Verpflichtungen aus Verträgen aber durch die Notverordnung unberührt blieben.

### Nationalsozialistische Beobachter fahren nach Genf.

Berlin. (Funkpr.) Die der „Angriff“ berichtet, werden im Auftrag Hitlers General Ritter von Epp und Oberst Gabelmayer am Freitag nach Genf fahren, um als Beobachter die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz zu verfolgen.

### Septe Funkprach-Meldungen und Telegramme vom 3. Februar 1932.

Banktelegramm des Königs von England an Reichspräsident von Hindenburg.

Berlin. (Funkpr.) Der König von England hat dem Herrn Reichspräsident telegraphisch in warmen Worten seinen Dank für die ihm anlässlich des Untergrundes des U-Bootes „R 2“ befreundete Teilnahme zum Ausdruck gebracht.

Falsche Behauptung über Staatssekretär Dr. Weizsäcker. Berlin. (Funkpr.) Der Staatssekretär beim Reichspräsidenten Dr. Weizsäcker läßt erklären, daß die Meldung der „Mündener Neuesten Nachrichten“ über angebliche von ihm betriebene Vorbereitungen einer Umbildung der Reichsregierung jeglicher Grundlage entbehre. Er habe insbesondere keinerlei Verhandlungen mit oppositionellen Politikern hierüber geführt.

Präsident Grund zum Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbahn ernannt. Berlin. (Funkpr.) Wie wir vom Reichsverkehrsministerium erfahren, ist der Präsident des Industrie- und Handelsrates, Grund, zum Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbahn ernannt worden.

Zwischenfälle bei der Verhandlung des in Conradswalden erschienenen Kommunisten. Schwabing. (Funkpr.) Bei der Verhandlung der beiden von Waldhüttern in Conradswalden erschienenen Kommunisten kam es zu Zwischenfällen. Dem Verbot der Polizei, rote Fahnen im Reichstag mitzuführen, kamen die Kommunisten nicht nach, worauf die Schwups gegen die nahezu 2000 Köpfe Menge mit dem Gummiknüppel vorging. Dabei wurde eine Anzahl Personen verletzt.

Vollständige Zusammenkünfte in Sibirien. Sibirien. (Funkpr.) In der Innenstadt kam es gestern abend zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und SD. Anhänger zu schweren Zusammenstößen, bei der mehrere Personen verletzt wurden. Die Polizei nahm 30 Personen fest.

Verstärkter Aufschlag in Petro. Petro. (Funkpr.) Nach einer Wittermeldung fand ein Vollgelenk vor dem Hause des Ministerpräsidenten eine Bombe mit brennender Zunte. Er konnte diese jedoch zeitig genug löschen, so daß die Bombe nicht zur Explosion kam.

### Wasserstände

	2. 2. 32	3. 2. 32
Wolbau: Ramm	+ 35	+ 33
Modran	+ 32	+ 3
Eger: Raun	+ 8	- 1
Elbe: Rimbürg	+ 18	+ 10
Brandeis	- 20	- 17
Wielitz	+ 2	+ 4
Wilmers	- 2	+ 0
Kuffig	+ 29	+ 32
Dresden	- 181	- 119
Mütsch	- 66	- 66

### Verordnung

Über die Art der Abgabe der Steuererklärungen zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer.

Auf Grund des § 61 des Einkommensteuergesetzes, des § 29 des Körperschaftsteuergesetzes und des § 17 des Umsatzsteuergesetzes in der Fassung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 (mit dem § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten der Finanzen über den Zeitpunkt der regelmäßigen Veranlagung zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer vom 30. Dezember 1931 wird als Art für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer bei der Veranlagung für 1931 endende Steuerabschlüsse die Zeit vom 15. bis 29. Februar 1932 bestimmt. Durch die Einföhrung der Steuererklärungen ist die gesamte Veranlagung des zu veranlagenden Einkommens für jeden Steuerpflichtigen sehr wichtig. Unter Umständen sind für eine Mehrzahl der Einkommenserzielenden höhere Steuerbeträge zu bezahlen. Es beträgt die Einkommensteuer einschließlich Zinsensteuer der Veranlagten bei einem steuerpflichtigen Einkommen von

575 RM. um RM. 12.10 mehr als bei	574 RM.
900 RM. um RM. 16.50 mehr als bei	899 RM.
6250 RM. um RM. 74.30 mehr als bei	6249 RM.
16500 RM. um RM. 215.00 mehr als bei	16499 RM.

Ueber Steuerpflichtige muß sich daher genau darüber unterrichten, was er von seinem Einkommen abgeben darf. Veranlagungsgemäß erheben viele Steuerpflichtige nach Erhalt des Steuerbescheides Einspruch, weil ihnen der vom Finanzamt angeforderte Steuerbetrag zu hoch erscheint, und machen nachträglich verschiedene Abwandsmäßigkeiten geltend. Das ist zwar zulässig, es liegt jedoch im Interesse der Wirtschaftlichen Vereinfachung der Finanzämter, daß Einsprüche aus diesen Gründen auf das Mindestmaß beschränkt bleiben. Es wird deshalb jedem Steuerpflichtigen auf Verlangen kostenlos und portofrei ein Merkblatt über die Abschlußveranlagung 1931 von dem Reichssteuerabteilung-Berlin m. B. D. Berlin S. O. 36, Dresdenstr. 2, durch die Post zugesandt.

### Amlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

Getreide und Mehlarten pro 1000 kg, Leinöl pro 100 kg in Reichsmark

	2. Februar	3. Februar
Weizen, märkischer, per Dezember	241,00—248,00	241,00—248,00
per März	256,00—267,00	255,50—264,50
per Mai	263,50—264,00	261,50—261,00
Tendenz: fest		
Woggen, märkischer, per Dezember	198,00—200,00	197,00—199,00
per März	205,50—204,75	204,50
per Mai	212,00—211,00	—
Tendenz: fest		
Gerste, Brauergerte	158,00—168,00	160,00—168,00
Futter- und Industrieererte	163,00—157,00	158,00—157,00
Tendenz: ruhig		
Oafer, märkischer, per Dezember	188,00—148,00	138,00—148,00
per März	—	158,00—155,50
per Mai	155,50—168,00	165,00—164,00
Tendenz: ruhig		
Weizenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sad (feinste Marken über Notiz)	29,00—38,00	29,00—33,00
Woggenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sad	27,50—29,75	27,50—29,75
Weizenmehl frei Berlin	9,80—10,00	9,80—10,00
Woggenmehl frei Berlin	9,80—10,00	9,80—10,00
Woggenmehl-Relasse	—	—
Raps	—	—
Leinöl	—	—
Viktoriaerbsen	21,00—27,50	21,00—27,50
Kleine Spelzserbsen	21,00—23,50	21,00—23,50
Futtererbsen	18,00—17,00	18,00—17,00
Böschföhen	16,00—18,00	16,00—18,00
Widerböhen	14,00—16,00	14,00—16,00
Wicken	18,00—19,00	18,00—19,00
Sapinen, blaue	10,00—12,00	10,00—12,00
gelbe	14,50—16,00	14,50—16,00
Serabella, neu	28,00—29,00	28,00—29,00
Rapskuchen, Basis 38%	—	—
Leinöluchen, Basis 37%	11,50—11,60	11,50—11,40
Trockenföhen	6,90—7,00	7,00—7,10
Soya-Extraktionsföhen, 45%	—	—
Rapsföhen	12,50—12,60	12,50—12,60
Speisekartoffeln	—	—
Allgemeine Tendenz: ruhig		

Die Umsatztätigkeit hat sich allgemein wieder merklich verringert. Für Weizenmehle waren unbedingte Forderungen eher durchzuführen, Abschlässe beschränkten sich ebenso wie bei Woggenmehl auf die Deckung des notwendigen Bedarfs. In Oafer bleibt das Angebot ausreißend, während der Konsum nicht aus seiner Zurückhaltung heraustritt. Die Gebote lauteten zumeist niedriger als gestern, auch der Lieferungsmarkt setzte schwächer ein. Das Getreidegeschäft hat keine Belebung erfahren. Für Weizen- und Woggenportefolien nannte man gefrigte Preise.

Woggenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sad (feinste Marken über Notiz) 29,00—38,00

### Bücherhan.

„Zum Licht-Zee“ Band 18 ist soeben erschienen. Wiederrum warbei der rühmige Verlag Anton J. Benjamin, K. G., Leipzig C. 1, Tausendweg 20, mit einem exklusiven Band auf, der alle Mitglieder dieser Sammlung befrichtigen wird. Nicht allein darum, weil der Anschaffungspreis auf nur RM. 8.— herabgesetzt ist, sondern auch darum, weil der herrliche Inhalt von 19 der 2. B. besten Tonfilm- und Lampenbilder für Klavier mit vollständigen Texten, in ungefüllten Original-Ausgaben, außerst gut und geschäftig ausgemacht ist. Gleichzeitig erschien von diesem Band auch eine Ausgabe für Violine (RM. 1,50). Aus dem Inhalte des neuen Bandes haben wir besonders hervor: Das Blumenwägen von Keapel / 1, 2, 3 — die ganze Komposition / Denz / dabei an mich / Witte, bitte denk an mich / Siretchols-Wacht / Parade / Pola, dein spanisches Feuer / Dabei wenn du blumde tanzt / und mit den großen Tonfilm-Erfolgen aus „Wend im Paradies“, „Referer hat Ruh“, „Der Gell-eger“, „Der Herr Woggenmehl“ (Konto X), „Mein Gopold“, „Arm wie eine Ringelmaus“ usw. Der neue Band ist in jeder Musikalien-, Instrumenten- und Buchhandlung zu haben, aber wenn dort nicht erhältlich, direkt vom Verlag.



# Zertliches und Sächliches.

Miela, den 2. Februar 1932.

**— Rentenbeginn in der Angestellten-Versicherung.** Durch die Notverordnung vom 8. Dez. 1931 sind neue Bestimmungen über den Rentenbeginn geschaffen worden. Für zurückliegende Zeiten werden nämlich keine Renten mehr nachgezahlt. Es kommt jetzt darauf an, den Antrag auf Rente rechtzeitig zu stellen. Wird der Antrag verspätet gestellt, obwohl die Voraussetzungen für die Gewährung schon längere Zeit vorliegen, so schädigt sich der Antragsteller selbst. Die Rente tritt dann eben umso später ein. Das Kapitel 4 über „Gemeinsame Vorschriften“ sagt darüber in § 7 Abs. 2: „Ist der Rentenanspruch nach Ablauf des Monats gestellt, in dem die Voraussetzungen für die Gewährung der Rente erfüllt sind, so beginnt die Rente mit dem ersten Tage des Monats, der auf den Antragsmonat folgt. Das gilt auch dann, wenn der Berechtigte den Antrag nicht früher stellen konnte.“ Daraus geht hervor, wie wichtig es jetzt ist, die Anträge auf Ruhegeld (Krankentagegeld, Altersruhegeld, Hinterbliebenenrente) rechtzeitig zu stellen. In vorstehenden Fällen lasse man sich beraten beim Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten e. V. (F.V.A.) Leipzig 1, Reumarkt 3. Die rechtzeitige Einreichung des Antrages ist somit Voraussetzung für den rechtzeitigen Beginn der Rente.

**— Staatsprüfung.** In der Zeit vom 11. Dez. 1931 bis 25. Januar 1932 haben 25 Bewerber die zweite juristische Staatsprüfung bestanden, während 2 nicht bestanden haben und 2 auf Grund der schriftlichen Arbeiten zurückgewiesen worden sind. — Die am 23. Dezember 1931 vorgenommene Assistentenprüfung wurde von zwei Personen bestanden. — Die vom 11. bis 18. Dezember 1931 durchgeführte Gerichtsvollzieherprüfung ist von 12 Personen bestanden worden.

**— Anlegung der bei Sparfassen usw. verfügbaren Gelder.** Die bei der Eröffnung der Kredite für Spar- und Girofassen bei der Akzept- und Garantiebank von den beteiligten Stellen getroffenen Vereinbarungen gaben dem Ministerium des Innern Anlaß, allen Gemeinden und Aufsichtsbörsen erneut in Erinnerung zu bringen, daß es sich hier nicht um eine dauernde Kreditgewährung, sondern um eine außerordentliche Kredithilfe handle, und daß deshalb die in Anspruch genommenen Kredite mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wieder abzubauen seien. Im Zusammenhang mit dieser Regelung, die ein einheitliches Verhalten der Spar- und Girofassen gewährleisten soll, weist das Ministerium des Innern darauf hin, daß die gegenwärtig geltenden Bestimmungen über die Gewährung von Krediten an Privats genau eingehalten werden müssen und daß Gemeinden, Gemeindeverbänden und anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten weder unmittelbar noch mittelbar Anleihen, Darlehen oder Fassenkredite in irgend einer Form gewährt werden dürfen. Der Giroverband Sächsischer Gemeinden hat vom Ministerium des Innern besondere Anweisung erhalten.

**— Bestellung von Stellvertretern der Richter für Mitteldeutschland.** Aus Berlin erfährt der Juristen-Sachsenbund, daß an Stelle des Oberregierungsrates Höpfer bei der Regierung in Erfurt mit Wirkung vom 1. April 1932 ab der Regierungsrat und Gewerbeamt Dühm bei der Regierung in Erfurt zum stellvertretenden Richter für den Schlichter-Bereich Mitteldeutschland bestellt worden ist. Regierungsrat Dr. Wiesel im sächsischen Justizministerium in Weimar bleibt bis auf weiteres als Stellvertreter Richter für Mitteldeutschland tätig.

**— Der Seidenbau als Nebenerwerb.** Die Seidenraupenzucht findet in allen deutschen Gauen immer neue Anhänger und Interessenten. Um so notwendiger ist es, vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen, die gegenwärtig wiederum von einer über ganz Deutschland ausgedehnten Propaganda leichtfertig genährt werden. Die Werbung geht von gewissen Pflanzhändlern aus, die lediglich ihr eigenes Interesse eines möglichen großen Absatzes von Maulbeerpflanzen verfolgen. Diese Kreise werden mit Versprechungen hinsichtlich der Rentabilität, die der Seidenbau nicht halten kann. Auch werden die zu erzielenden Kokonspreise derart hoch angegeben, wie sie bei den gegenwärtigen Verhältnissen nie bezahlt werden können. Daß der Seidenbau nicht sofort eine stehende Einnahmequelle schaffen kann, wird durchwegs verschwiegen. Es muß deshalb bevor gewarnt werden, daß insbesondere Erwerbslose ihr Geld nutzlos opfern. Außerordentliches Aufsehen über den Seidenbau erregt die Geschäftsstelle des Reichsverbands für Deutschen Seidenbau in Sindelfingen.

**— Kommatisch. Einweihung der katholischen Kapelle am hl. Kreuz.** Mit jener Feierlichkeit, mit der die katholische Kirche bei feierlichen Anlässen von besonderer Bedeutung hervortreten pflegt, ist am Sonntag das am Wobelsand stehende Kirchlein geweiht worden — ein äußerlich und in seiner inneren Ausgestaltung schmales Gotteshaus. Groß war die Zahl der Teilnehmer an der feierlichen, teils weltlichen Feier. Vormittags um 10 Uhr beehrte sich ein ansehnlicher Zug, in dem die amtierenden Geistlichen mit den Ministranten, die Vertreter der Behörden mit Herrn Bürgermeister Wendorf an der Spitze, der Baumeister der Kapelle, Herr Albert Spöck, und die anderen mit Arbeiten betrauten Gewerkschaftsmitglieder, der katholische Kirchenvorstand, Schulkinder, Fahnenabteilungen, Posaunenbläser, der Kirchenchor „Cecilia“ zu Miela und viele Kommatisch- und auswärtige Katholiken einerschritten, von dem Plage vor dem Schützenhaus aus unter Chorleitung mit Posaunenbegleitung hinauf zur Kapelle. Die Priester nahmen den Weihrauch, indem sie das Gotteshaus unter Gebet und Segnung umschritten. Die feierliche Handlung setzte sie im Innern der Kapelle fort. Die Weihe selbst nahm Erzpriester Wilhelm Rudolph, Düberruburg, in Vertretung des Bischofs vor. Das Innere der Kapelle ist künstlerisch ausgestaltet und in den Farbönen fein abgestimmt. Gestalt und Säulen rühmen sich zur Ausschmückung der Kapelle. Hervorgehoben sei ein Marienbild — eine Weihegabe des ehemaligen Königs von Sachsen, Friedrich August — das ebenfalls der Jahnhäuser Kapelle entstammt. Der Weihrauch, die Herr Erzpriester Wilhelm Rudolph hielt, folgte das Hochamt, begleitet mit der Vokalmesse von Reimann, welche der Kirchenchor „Cecilia“, Miela, ein in allen Stimmgruppen gutbesetzter Chor, der durch seine prächtigen Sänge auch weiterhin sich um den eindrucksvollen Verlauf der Feier sehr verdient gemacht hat, sang. Die weltliche Feier begann nachmittags 1/3 Uhr im Schützenhaus und wurde mit Gesangsbeiträgen der Mielaer „Cecilia“ eingeleitet. Nachher sprach Pfarrer Dr. Wenzel das Wort. Er begrüßte alle Anwesenden, insbesondere die Vertreter der Stadt und Behörden. Hieran schloß er einige kurze Angaben über den Wegbezug der Kommatisch-Gemeinde. Anschließend beglückwünschte Bürgermeister Wendorf im Namen der Stadt und der Schulleitung die katholische Gemeinde zu ihrem neuen Gotteshaus. Erzpriester Wilhelm Rudolph (Düberruburg) übermittelte Grüße des Herrn Bischofs Dr. Gröber und sprach Glückwünsche der Gemeinden Großenhain, Kötzschenbroda und Düberruburg aus. Amtsgerichtsdirektor Wangemann brachte die Glückwünsche der ev.-luth. Gemeinde. In weiteren Reden sprachen Pfarrer Wenzel (Miela), Herr Dr. Jüst (Kötzschenbroda), Pfarrer Kloß (Kobitz)

und Baumeister Spöck (Kommatisch) Glückwünsche zum Ausbruch. Auch die Gemeindevorsteher von Kötzschenbroda, Miela und Miela boten Glückwünsche dar. Mit einem Spracher, der von Mielaer Gemeindevorsteher aufgeführt wurde, endete die Feier.

**— Orkan. Todesfall.** In Mittwitz, wo sie sich in ihrem hohen Alter in der Obhut der Tochter befand, verstarb Frau Emilie Panth am Sonntag im 85. Lebensjahre, nachdem sie jahrelang in Orkan gemohnt hatte und den meisten Einwohnern gut bekannt war.

**— Döbeln. Stadtveterinär I. H. Oskar Jehr.** Nach jahrelangem schweren Krankheitszustand Stadtveterinär I. H. Oskar Jehr. Am 1. September 1931 trat Herr Jehr als Direktor des Schanames in den Dienst der Stadt Döbeln, nachdem er vorher in Leipzig und Hohenstein tätig gewesen war. Er wurde dann später zum Stadtveterinär ernannt. Bis zum 31. Oktober 1931 hat er sein verantwortungsvolles Amt in Döbeln verwaltet, bis ihn sein Gesundheitszustand zwang, in den Ruhestand zu treten.

**— Rastewitz. Das Ende einer Zeitung.** Der „Rastewitzer Anzeiger“ hat nach 48jährigem Bestehen mit Ablauf des Monats Januar sein Erscheinen eingestellt. Wie der Bericht in der Sonnabendnummer bekannt ist, ist das Blatt ein Opfer der allgemeinen Wirtschaftskrise geworden.

**— Dresden. Generaloberarzt a. D. Dr. Stöckner.** Wie die Dresdener Nachrichten melden, verstarb am Montag der Oberregierungsmedizinalrat, Generaloberarzt a. D. Dr. med. Hans Stöckner. Er wurde am 2. Mai 1873 in Wermbsdorf i. Sa. als Sohn eines Arztes geboren. Bei der Mobilmachung wurde er zum Oberarzt des Feldlazarets Nr. 7 des 12. U.S. ernannt. Diese Dienststelle brachte ihn in enge Beziehungen zum Generalkommando 12. U.S. Vielen Verwundeten konnte er seine ärztliche Hilfe zuteil werden lassen. Im Juni 1918 wurde er zum Reserve-Lazarett 7 Dresden versetzt, und die Wintermonate 1918/19 war er beim Reserve-Lazarett 1 Dresden tätig. Am 1. Febr. 1919 wurde er Oberarzt des Reserve-Lazarets 7 Dresden. Aus dieser Dienststelle, die infolge der zu überwindenden Schwierigkeiten der Revolution große Anforderungen an seine Kraft bei Handhabung der Disziplin stellte, nahm er bei der allgemeinen Auflösung der alten Armee am 9. April 20 als Generaloberarzt seinen Abschied aus dem Militärstand und trat als Regierungsmedizinalrat in den Dienst der Versorgungsbehörden. Neben seiner amtlichen Tätigkeit übte er seinen Arztberuf als erfolgreicher Operateur bis vor kurzem aus, als ihn die zum Tode führende Krankheit selbst aus dem Krankenlager warf. — Mit Dr. Stöckner ist ein hochbegabter Mann vor großen Armeen abgerufen worden, der in seinem Berufe außerordentliches geleistet hat. Diesen, denen er als Arzt geholfen hat, ist er auch als Mensch nahegetreten.

**— Dresden. Wesserschere.** Western nach kam es in einer Gastwirtschaft auf der Großen Brädergasse zwischen einigen Gästen zu einer Schlägerei, die sich auf der Straße fortsetzte. Dabei erhielt ein 32 Jahre alter Angehöriger einen Messerschlag ins Gesicht, so daß er blutüberströmt zusammenbrach und ins Carolahaus gebracht werden mußte. Der Täter, ein 31 Jahre alter Lagerarbeiter, wurde festgenommen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

**— Dresden. Der neue Vektor der Lb. Dresden.** Der für das Studienjahr 1932 vom Senat der Technischen Hochschule Dresden zum Vektor gewählte Prof. Dr.-Ing. Oskar Keuther ist in dieser Eigenschaft vom Volksbildungsministerium bestätigt worden.

**— Dresden. Festgenommener Kautionsbetrüger.** Am Sonntag konnte von der Kriminalpolizei der wegen Kautionsbetrügereien gefugte ehemalige Vorsitzende des „Bundes Deutscher Rechtsreformer“, Dorf Richter aus Dresden ermittelt und festgenommen werden. Er hatte in letzter Zeit in Chemnitz mit verschiedenen Verurteilten Verhandlungen wegen Eröffnung eines neuen Unternehmens unter dem Namen „Rechtschutz-Syndikat“ geführt und Mitarbeiter mit Interesseneinlagen gesucht und auch gefunden.

**— Dresden. Kraftwagen Diebstahl.** Am Montag nachmittags wurde einem Dresdener Kaufmann sein Personenkraftwagen Opel II 50 583, den er an der Kreuzkirche hatte stehen lassen, gestohlen.

**— Schwepnitz. Fallschirmjäger verhaftet.** Von der Gendarmerie ist am Dienstag ein Mann festgenommen und dem Amtsgerichtsgebäude Königsbrunn eingeliefert worden, der in dem dringenden Verdacht steht, mit Fallschirmjägern in Verbindung zu stehen. An der nahegelegenen preussischen Grenze sind in letzter Zeit mehrfach solche Fallschirmjäger aufgegriffen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei nach den Fallschirmjägern führten u. a. nach Schwepnitz. Im Orte selbst sind anscheinend keine Fallschirme in Umlauf gesetzt worden. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

**— Leipzig. Eigenart in höheren Schulen.** Eine kleine Anfrage an den Rat. Der Stadtvorstand Dr. Meiser (Volksr.) hat folgende kleine Anfrage an den Rat gerichtet: „In sächsischen höheren Schulen ist letzter Tage vor verfallener Schließung bekanntgegeben worden, daß nur diejenigen Schüler bei der Entlassungsfeier ihr Zeugnis erhalten können, für die das Schulgeld voll bezahlt ist. Im Schuljahr einer höheren Bekanntheit hat deren Rektor den dort über den schriftlichen Prüfungen stehenden drei Klassen unter genauer Bekanntgabe der einzelnen Rückstände sämtliche Schüler versehen, deren Eltern das Schulgeld nicht voll bezahlt haben. Gemäß § 30 der Schulgesetzordnung bitte ich um Bescheid: 1. Bittet der Rat die diese Vorgehensweise der einzelnen durch den Hinweis auf das wohl ausnahmslos unverschuldeten Mißgeschick der Eltern 2. Soll solche niederfachwiederholende Behandlung der Schüler und damit die unermessliche Bestrafung ihrer Prüfungsleistungen wiederholt werden? 3. Bittet der Rat die in früheren Jahren geübte Maßnahme der Vorkaufnahme der Schulgelder auch in diesem Jahre wiederholen und damit einem starken Bruchteil der Schüler den Übergang in die Wirtschaft näher zu verwickeln?“

**— Waldheim. Kampf mit Verbrechern.** Ein aufregender Kampf spielte sich im neuen Jellenhaus der Landesanstalt ab. Zwei Wachmeister hatten den Auftrag, einen zur Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe hier untergebrachten italienischen Schwerverbrecher aus seiner Zelle nach einer anderen zu transportieren. Der Verbrecher weigerte sich aber, in der neuen Zelle zu bleiben. Die Beamten versuchten, ihn mit Gewalt in die Zelle zu drängen. Es entstand ein Sandgemenge, wobei der Verbrecher wie ein Wütender um sich schlug und mit einem vorbogen gehaltenen spitzen Eisen, das er bei der Arbeit entwendet hatte, auf die Beamten eintraf. Es gelang schließlich, nachdem noch ein Kanariengestell eingegriffen hatte, den Verbrecher zu überwältigen und in Ketten zu legen. Ein Beamter wurde schwer verletzt und brach bewußtlos zusammen, während die Bewachungen des anderen Beamten leichteren Art sind.

**— Chemnitz. Auf frischer Lat gefasste Öhnerdiebe.** In der Nacht vom 7. Januar waren aus einem Öhnerkell am Bismarckpark 6 Öhner gestohlen worden. Als die gleichen Täter in der Nacht vom 20. v. M. den Einbruch wiederholten, setzten sie eine vom Geschäftigen angelegte Alarmvorrichtung in Tätigkeit. Dem daraufhin sofort alarmierten Überfallkommando gelang es, zwei der Täter im nahe gelegenen Walde einzubolen und festzunehmen. Der dritte Dieb wurde entkommen, konnte aber am nächsten Tage ebenfalls festgenommen werden. Es handelt sich um einen 30jährigen hier wohnhaften Arbeiter mit seinen beiden Söhnen im Alter von 19 und 22 Jahren. Die gestohlenen Tiere konnten dem Geschäftigen wieder ausgeliefert werden.

werden. Die Festgenommenen wurden der Staatsanwaltschaft eingeliefert.

**— Wermbsdorf (Sa. Gemisch). Mitleidige Schiffe.** Auswärtige Motorabfahrer, die vor dem Steinbäckischen Restaurant hielten, gaben ein böses noch unbekanntes Urfaß drei Schiffe ab. Die Angel des ersten Schusses drang durch ein offenes Fenster des Rudwischen Nebenbanes und blieb in einer Wohnung stecken. Ein Einwohner, der gerade zum Fenster hinausblickte, wurde glücklicherweise nicht verletzt. Die Angel des zweiten Schusses blieb im Gartenraum des Rudwischen Grundstückes stecken. Die Angel des dritten Schusses wurde nicht ausgelassen; es wurden aber drei leere Hüllen vor dem Steinbäckischen Grundstück aufgefunden. Die polizeilichen Ermittlungen sind eingeleitet worden.

**— Augustsburg. Todesfall.** Im Alter von 82 Jahren starb hier am Sonntag Bankdirektor Kurt Fischer. Er hatte viele Jahre lang die hiesige Darlehnskasse geleitet.

**— Selena. Scheunenbrand.** In der Nacht zum Dienstag brannte die erst vor sechs Jahren neuverbaute Scheune des Gutbesizers Arnold bis auf die Umfassungsmauern nieder. Sämtliche darin untergebrachten Erntevorräte wurden vernichtet. Die Pferde konnten gerettet werden. Man vermutet Brandstiftung.

**— Lugau. C. Betriebsbeschränkung auf dem Vertrauensschutz.** Bei der hiesigen Gewerkschaft „Gottes Segen“ kommt nunmehr die Betriebsbeschränkung auf dem Vertrauensschutz zur Durchföhrung. Zur Entlastung kommen alljährlich nur 150 Bergarbeiter. Ursprünglich sollten 350 entlassen werden. Die 200 Bergarbeiter, die weiter beschäftigt werden, sind zur Betriebsabteilung Kaiserin Auguste-Schacht versetzt worden. Der Betrieb im Vertrauensschutz wird mit 300 Mann Besatzung aufrechterhalten.

**— Döbeln. Ernstfall.** Eine gefährliche Brandruine verzeichnet. Im nahen Pleißen beginnt man jetzt mit dem Abbruch der Ruine des am 18. Aug. 1914 niedergebrannten Erbschloßes. Die beim Brande unversehrt gebliebenen Gebäude stammen aus dem 13. Jahrhundert. Das heute noch bewohnte Haus enthielt die Amtsstube des Richters und dessen Wohnung, das gegenüberliegende Gebäude einen Lösssaal, auf dem sich die Döbeln noch bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts veranlagte. Bereits 1781 fiel das wiederholt von Feuersbrünsten schwer heimgegriffene Lehnrecht einem furchtbaren Dorfbrande zum Opfer, bei dem auch die Schule und die Kirche in Schutt und Asche gelegt wurden.

**— Döbeln. Wenn Bettler sich streiten.** Die beiden Bettler im Streit, die in ein und demselben Revier bettelten. Da keiner von beiden weichen wollte, wurden beide handarbeitsfähig. Der eine schlug mit einem Stock auf den anderen ein, der schließlich und auch durch das Dazwischentreten eines Kraftwagenführers mit großen Beulen und Schmarren am Kopf das Feld räumen mußte.

**— Bad Olsitz. Bürgermeistereiwahl.** Zum Bürgermeister von Bad Olsitz ist der 35 Jahre alte gegenwärtige Bürgermeister von Augustsburg, Paul Geipel, gewählt worden.

## Kampf im Dresdener Stadtparlament.

Die Nationalsozialisten verlassen die Sitzung.

**— Dresden.** In der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung am Montag gab eine Anfrage der Rat bekannt, daß er sich in einer Eingabe an die Reichsbahnverwaltung wendet und Aufhebung der beschlossenen, für Dresden unrentablen Einschränkungen im Eisenbahnerverkehr gefordert habe. — Ein Erbkunde des Verbandes Dresdener Geschäftsleute, je einen Sonntag vor Oken und Wangen und einen weiteren Sonntag im Oktober für den Ladenverkauf freizugeben, hatte der Rat abgelehnt; die Stadtverordnetenversammlung stimmte dem diesbezüglichen Schreiben des Rates an. Zu der Frage des Erlasses resp. der Widerrückung der Beschränkungen für die Kurzarbeiter hat mit der sächsischen Regierung ein Benehmen zu sehen. Die Reichsregierung werde wohl kaum bereit sein, alle Einkommen unter 2000 RM. von der Bürgersteuer zu befreien; die Stadt würde jedoch im Falle besonderer Härten auf dem Wege des Erlasses der Bürgersteuer helfen können. Verschiedene kommunikalische Anträge über Erwerbsteuer- und Gehaltsabfragen u. a. m. wurden dem Prüfungsausschuß überwiesen.

Als dann der nationalsozialistische Stadtverordnete Richter einen Antrag seiner Fraktion, alle und gebührende Vollfahrtsunterstützung von der Kontrolle zu befreien, beantragte und auf verschiedene beilegende Zwischenfälle gegen die Linke hin von Arbeitervertretern sprach, erganz die Linke durch anhaltendes Lärmen eine Unterbrechung der Sitzung.

Bei Wiedereröffnung erklärte der Vorsteher, daß Stadtverordnete Richter wegen Verletzung der Würde des Kollegiums von dieser und der folgenden Sitzung auszuscheiden sei; dem Antrag des Vorstandes wurde gegen die Nationalsozialisten und Kommunisten stattgegeben. Stadtverordnete Dr. Kluge (NSDAP) protestierte gegen den Ausschluß, da Richter auch mit unerbittlichen Ausdrücken angegriffen worden sei. Wenn man die Nationalsozialisten früher als „Arbeitermörder“ bezeichnet habe, habe der Vorstand nichts unterlassen. Darauf verließen die Nationalsozialisten geschlossen die Versammlung. Der zur Besorgung stehende und ein weiterer kommunikalischer Antrag wurden den Ausschüssen überwiesen.

## Eingefandt.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die prägnanteste, nicht die ideelle Verantwortung.)

Wir wollen Redeln!

Man hört so manches jetzt über das Problem der Stehlung. Es sind auch schon einige schäbnerne Versuche gemacht worden. Zu einem kräftigen Durchgreifen fehlt aber wahrscheinlich der Mut. Ein Teil des Volkes sagt: „Wenn die Reparationsfrage gelöst ist, wird es schon besser werden. Dann geht der Handel wieder und wir haben wieder Arbeit.“ Ja, wenn! Wäßen wir uns nicht fragen: „Daben wir denn noch Arbeitsgebiete?“ Wer kauft von uns die Waren? Denn die anderen Staaten wollen ja auch ausführen. Der Krieg hat in allen Staaten die Industrie aufbilden lassen. Wir wollen uns doch die Maschinen nicht machen, daß die anderen Länder ihre neuen Betriebe schließen, um von Deutschland die Ware zu kaufen. Es bleibt uns nur ein Weg: die Stehlung. Sie entlastet den Arbeitsmarkt. Der Arbeiter bekommt wieder Interesse für das öffentliche Leben. In Döhrreßen liegen Tausende von Hektar Land brach. Also her damit, wir wollen es bearbeiten. Ranher wird gesagt: „Na, geh' nur hin, hast kein Dach über dem Kopf!“ Wenn wir warten wollen, bis uns die gebratenen Lauben in den Mund fliegen, werden wir alt und grau. Durch Siedeln werden produktive Werte geschaffen. Die Bauernwirtschaft hat sich immer noch rentabel gezeigt. Es ist doch besser, wir schreiben zur Lat, als daß wir noch lange Kumpeln geh'n. Auch dieses Geld wird mal alle. Was dann? Darum, sollen wir nicht untergehen, dann geht uns Land! Wir wollen Arbeit und Brot! Bruno Müller.



# Turnen - Sport - Spiel - Wandern

## Turnverein Zeithain DZ.

### Ganndball-Abteilung:

Bergangenen Sonntag wählte die 1. Mannschaft, sowie die Jugend auswärts, um alte Freundschaftsspiele auszutragen. Die 1. Mf war Gast beim Gendarmerte-Sportverein Riesa und die Jugend stand der Räderauer Jugend in Räderau gegenüber.

**Gend.-Sportverein Riesa 2 - Zv. Zeithain 17:6 (6:3).**

Bei herrlichem Sonnenschein fanden sich am Sonntag obige Mannschaften nachmittags 1 Uhr auf dem Sportplatz-Platz in Riesa zu einem Freundschaftsspiel gegenüber. Die Wollkisten haben Anwurf und setzen sich gleich auf durch, aber der wohlgemeinte Anwurf scheitert an der arbeitenden Zeithainer Stürzmannschaft. Es dauert aber nicht lange und die Gendarmen gehen mit 2:0 in Führung. Kurz darauf können dieselben auch noch einen 3. Treffer andringen. Bei diesem Resultat können die vom Besch verletzten Zeithainer das längst verdiente 1. Tor erzielen. Mit einem leichten Vorsprung von Zeithain kann aber trotzdem nur ein 6:3-Resultat für die Wollkisten bis zur Pause erzielt werden. Nach der Pause ist Zeithain fast immer tonangebend, aber die wohlgemeinten Schüsse gehen daneben oder an die Latte. Ein erreichtes Resultat wäre 8:6 für Zeithain gewesen, aber Sportlust war mehr vom Blick verfliegt als Zeithain. Der Schiri konnte nicht immer gefallen.

**Räderau Tab. - Zeithain Tab. 1:6 (1:3).**

Die Jugend stellte sich um 3 Uhr auf dem Räderauer Sportplatz der dortigen Jugend gegenüber. Die Zeithainer Jugend zeigte die besseren Leistungen und siegte deshalb verdient. Im ganzen war das Spiel gut. Der Schiedsrichter pfiff zur Zufriedenheit beider Mannschaften. **Sich.**

### Regelsport.

Die Reglerverbände Riesa und Rügeln vereinbarten einen Städtewettkampf über zweimal 200 Kugeln im Vor- und Rückkampf mit Bahnwechsel. Nach Begrüßung der Gäste durch den 2. Vorsitzenden, Herrn Köhler, begann das Ringen um den Sieg am Sonntag auf den Bahnen des Reglerheims „Hotel zum Stern“, wo von morgens 6 Uhr bis abends 20.30 Uhr von 24 Startern 4800 Kugeln zum Abschluß kamen. Jeder Verband stellte 12 Regler, die 10 besten Ergebnisse werden für das Endresultat gewertet. Leider mußte Rügeln auf drei Erlaubente wegen Erkrankung zurückgehen, während Riesa nur einen Erlaubten einstellen mußte. In diesem Ringen konnten die Vertreter des Verbandes Riesa mit dem Vorteil der eigenen Bahnen einen Vorsprung erzielen, der ihnen beim Kampf in Rügeln einen starken Rückhalt bieten wird. Mit ganz vorzüglichen Ergebnissen warteten Gans und Feind (Riesa) auf, die beide den Sportabzeichendurchschnitt gut überschreiten konnten. Gans bestätigte hierbei erneut sein großes Können, obgleich er durch seine Kriegsbefähigung (Verlust eines Armes) stark behindert in den Kampf geht. Aber auch alle anderen Ergebnisse können sich bis auf einen Ausfall bei Rügeln noch sehen lassen, wie die nachstehende Tabelle zeigt.

Rügeln:	Rausche	1086	Riesa:	Gans	1125
	Lorenz	1085		Feind	1112
	Greulich	1056		Jentsch	1085
	Müller	1052		Wefer	1078
	Rak	1046		Naale G.	1072
	Dausmann	1044		Berner	1069
	Trowitsch	1032		Banisch	1062
	Röhler	1027		Waltber	1058
	Rehner	1021		Seelig	1047
	Wagner	1009		Müsch	1047
	Bisiel	1004		Hymus	1028
	Grubbe	958		Lieske	1022

Die Wertung brachte für Riesa ein Plus von 316 Holz. Gute Ergebnisse erzielten auf 100 Kugeln: Gans 591, Wefer 562, Rausche 562, Feind 559 und 553, Naale 556, Müller 554, Langsch 549, Lorenz 545, Jentsch 543 und 542 und Berner 540; auf 50 Kugeln, Gans 298 und 293, Hymus 289, Jentsch und Feind 286 und 283, Wefer und Langsch 283 und 279, Rak und Naale 282, Müller und Rehner 281, Waltber 280, Greulich 278, Röhler 277, Berner 276 und 275, Lorenz und Rausche 275; auf 10 Kugeln: Feind 70 und 70 und 67 (7, 8, 7, 8, 5, 5, 3, 9, 9, 9 und 7, 9, 7, 7, 6, 7, 9, 7, 4, 7), Greulich 67 und 67, Gans 67 und 66, Lieske, Seelig, Waltber 67, Jentsch 66 und 65, Müller, Bisiel, Wefer, Langsch 65. Außerdem gelang Feind der Diplomtour 9, 9, 9.

Auf den gut gepflegten Bahnen und mit bestem Material ging unter der Leitung des Sportwartes Rüdiger der Kampf reibungslos von statten. Die zahl-

## Gerichtssaal.

### Zwölf Jahre Zuchthaus für die Bluttat im „Wilden Mann“

Die Bluttat in der Gastwirtschaft zum „Wilden Mann“ in Leipzig-Geusch in der Nacht zum 17. Juli vorigen Jahres stand vor dem Schwurgericht Leipzig zur Verhandlung. Angeklagt waren die jugendlichen Arbeiter Martin Thiele, Emil Eißner, Richard Kania, Martin Kroll und der Steinseher Felix Ostroga, die damals in der Gastwirtschaft von dem 30 Jahre alten Wirtschaftsgesellen Sachse Bier und Speisen sowie die Herausgabe von Geld verlangten. Als Sachse ihren Wünschen nicht entsprach, gaben vier der Angeklagten Schüsse ab, durch die Sachse tödliche Verletzungen erlitt. Ohne Beute mußten die Verdächtige fliehen. Vor der Tat hatten sie die Fernsprechanleitung zwischen dem Bahnwärterhaus bei der Gastwirtschaft und dem Bahnhof Geusch durchschnitten, nachdem einer der Täter den Bahnwärter mit der Bitte um ein Glas Wasser von dem Häuschen gelockt hatte. Das Schwurgericht verurteilte vier Angeklagte wegen Totschlags, räuberischer Erpressung und Uebertretung zu außerordentlich hohen Zuchthausstrafen, und zwar Eißner zu zehn Jahren drei Monaten, Kania zu zwölf Jahren sechs Monaten, Thiele zu zehn Jahren drei Monaten und Kroll zu zwölf Jahren. Ostroga, der während der Tat Schmiere stand, erhielt ein Jahr drei Monate Gefängnis.

### Verhaftung des Rechtsanwalts Dr. Lange.

X Berlin. Gegen den Berliner Rechtsanwalt und Notar Dr. Hans Lange, der gestern auf Veranlassung der Dresdner Staatsanwaltschaft in seiner Wohnung in Lichterfelde unter Vorwand des Besuchs verhaftet wurde, schreibt auch in Berlin schon seit längerer Zeit im Zusammenhang mit der Uralex-Verfälschung eine Verurteilung wegen Untreue. Ein gleichzeitig eingeleitetes Disziplinarverfahren war bis zur Entscheidung des Strafverfahrens ausgesetzt worden. Der jetzt gegen den Anwalt erhobene Vorwurf des Untreue gründet sich auf den Verdacht, daß Dr. Lange im Uralex-Verfahren, in dem er in seiner Eigenschaft als früherer Rechtsvertreter der Reichsbank beteiligt war, unter Einwirkung von Reichsbankbeamten die Wahrheit der Verhältnisse im Dresdner Prozeß sehr ernst vor einem Urtheil gewahrt habe.

reichen Zuschauer folgten lebhaft dem Kampf der gut durchtrainierten Regler und stimmten kräftig in den Reglergruß ein, wenn eine prachtvolle Leistung abgeschlossen war. Mit der Bekanntgabe der Ergebnisse wurde der Großkampf beendet und der Rückkampf auf den 13. März in Rügeln vereinbart.

### Stahlhelm-Wintersporttreffen.

Im Rahmen seiner wehrsportlichen Erziehungsbemühungen pflegt der Stahlhelm auch den Wintersport und schreibt seit einer Reihe von Jahren regelmäßig ein Wintersporttreffen aus. Das diesjährige Bundes-Wintersporttreffen soll nun am 13. und 14. Februar in Oberhof stattfinden. Als letzter Tag für die an die Ortsgruppe Oberhof zu richtenden Anmeldungen zur Teilnahme ist der 7. Februar bestimmt. Die im Rahmen der Wehrsportausbildung durchgeführten Wettkämpfe unterscheiden sich erklärlicherweise in mancher Beziehung von den Wettbewerben anderer Wintersportveranstaltungen. So tragen die als Hauptwettkämpfe vorgesehenen Gruben- und Parcourillaufe einen ausgesprochen wehrsportlichen Charakter. Daneben sind Lang- und Sprungläufe ausgeschrieben. In Verbindung mit dem Wintersporttreffen werden die Ortsgruppen des Bundes Thüringen und Saale-Thüringen noch einen Gruppen-Gepäckmarsch-Wettbewerb durchführen.

### Wieder ein deutscher Bob verunglückt

Late Placid, 3. Februar. Beim Training auf der Olympia-Bobbahn verunglückte der von dem Berliner Frh Graf gesteuerte zweite deutsche Bob in der Shady-Corner-Kurve. Die vollkommen vereist war. Der mit einer Geschwindigkeit von über hundert Stundenkilometer herablaufende Schitten schoß die steile Kurve hinaus, durchbrach den dicken Eisgehäuse und zerstückte im dichtsten Unterholz des Abhangs. Frh Graf, Helmut Hupmann und der Bremser Albert Dreher sind sehr schwer verletzt. Rudolf Krappf ist glimpflicher davongekommen.

Aut „Newport Times“ ist die Schlittenbahn von Late Placid, wo gestern eine deutsche Bobmannschaft schwer verunglückte, die gefährlichste der Welt. Sie hat auf 2400 Meter Länge 25 scharfe Kurven. Sieben ausländische Mannschaften haben bereits wegen der Gefährlichkeit der Bahn protestiert.

### Kleine Sportnachrichten.

Die sächsischen Turnerschwimmer beim Jahrschwimmen in Halle.

Bei dem am 18. und 19. Februar in Halle stattfindenden 10. Jahrschwimmen der DZ., das in diesem Jahre ein glänzendes Medaillenergebnis aus allen Teilen des Reiches aufzuweisen hat, werden auch zahlreiche sächsische Turnerschwimmer aus Dresden und Leipzig an den Start gehen. Sächsische Kunstspringer üben in Leipzig.

Der Sächsische Schwimmkreis hielt am Sonnabend und Sonntag im Leipziger Caroladab einen Vorkursus im Kunstspringen ab, der unter Leitung von Stern-Gesellschaft und Georg-Weißig stand und für den sich auch die früheren Meisterpringer Dr. Rechner-Deffau und Frh Wiel-Weißig zur Verfügung gestellt hatten. Zahlreiche Kunstspringer aus allen Teilen Sachsens, u. a. aus Leipzig, Plauen, Glauchau, Chemnitz, Dresden, Bautzen, Reigersdorf und Sittau, waren erschienen. Von ihnen zeigten sich besonders die Dresdner Springer Linke, Reifert, Große und Frh. Wache als hervorragend befähigt. Den Abschluß des Kurses bildete ein Wertungs-Wettkampf, der folgende Ergebnisse brachte: 1. Reifert (Dresdner Schwimm-Verein) 198,44 Punkte; 2. Linke (Sparta-Dresden) 177,53 Punkte; 3. Große (Dresdner Schwimm-Verein) 116,64 Punkte.

Bühnenarbeiten in Dresden und Leipzig. Am kommenden Sonntag finden sowohl in Dresden im Altbühnenhaus als auch in Leipzig im Lichtspielhaus Capitol große Bühnen-Turnen zugunsten der Winterhilfe statt. An beiden Veranstaltungen sind die Spitzenkünstler Leipzigs bzw. Dresdens beteiligt, so daß ohne Zweifel erstklassige Leistungen geboten werden. Beide Veranstaltungen beginnen um 10.30 Uhr.

Verandl-Schilde Dresdner Radballmeister. Bei einem Spaltpartystreit des SV. Turner Frieden wurden die Dresdner Radballspieler ausgetragen. Der ehemalige Weltmeister, das bekannte Paar Verandl-Schilde vom SV. Wandersport Dresden schlug den Radballverein Volkdorf mit 5:3 und sicherte sich damit die Meisterschaft von Dresden.

### Urteil im Devilschieder-Prozeß.

vb. Berlin. Das Sondergericht in Berlin-Moabit verurteilte am Dienstag abend in dem Prozeß gegen die Devilschieder den Angeklagten Dr. Götters wegen fortgesetzter Verhüllung zum Vergehen gegen § 1 der Durchführungsverordnung zur Devismotorenverordnung zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 2000 RM. Gegen den Angeklagten Verlags lautete das Urteil wegen der gleichen Verhüllung auf neun Monate Gefängnis und 5000 RM. Geldstrafe, gegen den Bankier Obendorfer auf zehn Monate Gefängnis und 5000 RM. Geldstrafe. Den Angeklagten wird die Unteruchungshaft von 13 bzw. 11 Tagen angerechnet. Der Haftbefehl wird gegen alle Angeklagten aufrecht erhalten; dem Angeklagten Verlags wird die Möglichkeit gegeben, sich gegen eine Sicherheitsleistung von 20000 RM. der Vollstreckung des Haftbefehls zu entziehen. In dem Urteil wird weiter die Mitwirkung der Firma Singer & Friedländer für die gegen Götters ausgesprochene Geldstrafe festgelegt. Außerdem wird die Einziehung der Guthaben der Firma Singer & Friedländer von 163700 RM. bei der Commerz- und Privat-Bank und von 899200 RM. bei der Reichscredit A.G. zugunsten des Reiches verfügt.

### Mord an einer Markthändlerin.

X Berlin. Die 32 Jahre alte Markthändlerin Elise Lieder wurde gestern nachmittag in der Schloßstraße in Berlin-Steiglitz auf der Treppe vor ihrer Wohnungstür von einem unbekanntem Mann erschossen. Dem Mörder gelang es, unerkannt zu flüchten. Ueber die Motive zur Tat taupst man völlig im Dunkeln.

## Schweres Erdbeben auf Cuba.

New York. (Hauptstadt.) Die Associated Press aus Havana meldet, in die Stadt Santiago durch ein Erdbeben teilweise zerstört worden. Etwa 2000 Menschen sollen umgekommen sein. Von einer vor Santiago liegenden Stadt aus wurden heute früh 1,50 Uhr schwere Erdbeben und das Einstürzen von Gebäuden wahrgenommen. New York. (Hauptstadt.) Wie zu dem Erdbeben auf Cuba noch gemeldet wird, in der dritte Teil Santiagos zerstört worden. New York. (Hauptstadt.) Die Associated Press aus Havana meldet, daß bei dem Erdbeben in Santiago de Cuba 100 Häuser zerstört worden.

### Die Saredensagenen in Santiago de Cuba.

Bis jetzt 14 Leichen geborgen. New York. (Hauptstadt.) Wie aus Santiago de Cuba gemeldet wird, sind große Teile der Stadt in völlige Dunkel gehüllt. Unter der Bevölkerung herrscht Panik. Aus den Trümmern der eingestürzten Häuser, die die Straßen bedecken, hört Schreien und Klagen. Im unteren Stadtviertel eines großen Gebäudes fand man die Leichen von 14 Personen, die beim Einsturz des Hauses erschlagen wurden. Santiago. (Hauptstadt.) Das Feuer, das die Stadt nach dem Erdbeben heimsuchte, brach an verschiedenen Stellen der Stadt zugleich aus. Da Wassermeister herrschte, griff es unbeschadet mit großer Schnelligkeit um sich. Eine große Anzahl Menschen, die in ihren Häusern eingeschlossen waren, und die man nicht befreien konnte, fanden den Tod oder wurden erheblich verletzt. Man schätzt jetzt die Zahl der Todesopfer auf 500, die der Verletzten auf 1000.

### Auto kürzt ab und verbrennt.

Drei Tote, ein Kind verletzt. Dattensfeld (Saal). Zwischen Dattensfeld und Dapenarten ereignete sich am Dienstag nachmittags ein Autounfall, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen. Der Lieferwagen der Firma Allgemeine Brennhof-Sandels-Gesellschaft in Bonn kürzte — wahrscheinlich infolge eines Reifenabwagens — eine drei Meter hohe Böschung ab und geriet in Flammen. Der Wagenführer und seine Frau, sowie ein fünfjähriges Kind waren sofort tot, während ein weiteres Kind mit schweren Brandverletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Feuerwehr war in kurzer Zeit zur Stelle und löschte das Gelände um die Unfallstätte ab, da man mit Brennstoff-Explosionen rechnete.

### Sieben Flugzeuge mit 20 Personen vermisst.

New York. Im Gebiet der Vereinigten Staaten wurden sieben Flugzeuge mit mehr als 20 Personen an Bord infolge Nebels und Sturmes vermisst. Luftpatronen, Militärflugzeuge, Automobile und Motorboote hat zur Suche angesetzt worden. In den Bergen Kaliforniens entdeckte man die verbrannten Reste eines abgestürzten Flugzeuges. Von den übrigen 6 Flugzeugen hat man bisher noch nichts gefunden.

### Todesurteil im Wendersreuther Mordprozeß.

Wien. Nach vierstündiger Beratung wurde im Wendersreuther Mordprozeß das Urteil gefällt. Felix Schieder wird wegen dreier Verbrechen des vorsätzlichen Mordes dreimal zum Tode verurteilt. Die Ehrenrechte werden ihm auf Lebensdauer aberkannt. Das Gericht ist zu der Ansicht gekommen, daß es sich nicht um Mordmord, sondern um einen Mordakt handelt. Auf Grund der Zeugenaussagen steht fest, daß der Täter unbedingt Felix Schieder sein muß. Es handelte sich um eine bemutete angeführte Tat in Gemeinschaft mit einem anderen unbekanntem Täter. Die Mitangeklagte Anna Schieder, die wegen Beihilfe angeklagt war, wird aus Mangel von Beweisen freigesprochen.

### Verurteilung einer ausländischen Spionin.

X Berlin. Der erste Strafsenat des Kammergerichts unter Vorsitz von Senatpräsident Weg verurteilte die Fabrikbesitzerin Eugenie Woch aus Neudorf in der Tschechoslowakei wegen Verbrechen gegen § 3 des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse zu 6 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Es wurde auch auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt. Die beschlagnahmten 7000 Tschekoskronen und 100 RM. wurden dem Staat für verfallen erklärt.

### Professor Piccard über seine neuen Pläne.

vb. Professor Piccard hatte in diesen Tagen in Augsburg eine Unterredung, in der er Ausführungen über seine nächsten Pläne machte. Der Gelehrte erklärte, daß für das nächste Jahr neue Aufstiege in die Stratosphäre geplant seien, die zunächst vom alten Standort Augsburg aus erfolgen würden. Ich vermute wieder, so sagte Professor Piccard, dieselbe Ballonkugel wie das letzte Mal. Die Gondel, die zurzeit noch auf dem Bürgerleiner liegt, kommt für weitere Verwendung nicht in Betracht. Ratschlich werde ich aufgrund der Erfahrungen bei unserem ersten Flug einige kleine Änderungen bei unserem ersten Flug einleiten. Aufträge werden sich überkommen wollen als 16000 Meter, dann müßte man einen wesentlich größeren Ballon verwenden; dazu liege jedoch kein zwingender Grund vor. Für den aufstiegsigen Flugverkehr in der Stratosphäre habe er recht günstige Erfahrungen gesammelt. Der erste Flug bewiese ja schon, daß unter den richtigen technischen Voraussetzungen ein Aufenthalt in größeren Höhen für den Menschen keinerlei Gefahr bereite.

### Ersparnisse bei der Reichspost.

vb. Berlin. Der Bundesratspräsident des Reichspostkommissionars über Ersparnismaßnahmen bei der Reichspost. Der Ausschuss war der Auffassung, daß die Zusammenfassung des Verkehrswezens einschließlich Reichsbahn und Reichspost in einem Ministerium einwilligen nicht möglich sei. Eine Verkleinerung des Verwaltungsrats der Reichspost hält er für erstrebenswert. Die Abfertigungen der Post an das Reich und die Rücklagen sollen wie bisher bestehen bleiben. Auch das Gutachten des Reichspostkommissionars über das Befähigungswesen der Reichspost empfahl der Reichsregierung zur Berücksichtigung. Angeregt wird eine Verminderung der Lagerbestände, eine Verstärkung des Wettbewerbes und der Preiskontrolle, vor allem beim Fernverkehr, eine Verringerung der postfremden Verhältnisse und der Telegraphenämter und eine völlige Angleichung der Bestimmungen der bayerischen und württembergischen Volkverwaltung mit denen im alten Reichspostgebiet. Schließlich bewilligte der Ausschuss noch eine Anzahl Neuregelungen bei der Reichspost.

Dente Mittwoch wird er Richtlinien für die Bewirtschaftung der Ausgabemittel des Reichsfinanzministeriums beraten.





Der neue Seebahnhof Friedrichshafen. Friedrichshafen, ein Hauptpunkt des Dampferverkehrs über den Bodensee, wird einen neuen Seebahnhof bekommen. Das Bahnhofsgebäude mit der Front nach dem See enthält die Postverwaltung, den Soldaten- und eine Polizeiunterkunft.



Jetzt auch Hankow von den Japanern bombardiert. Nach der Beschießung von Schanghai haben die Japaner jetzt auch die chinesische Nationalhauptstadt Hankow am Yangtsekiang bombardiert. Die chinesischen Truppen erwiderten das Feuer. Die Bevölkerung flüchtet aus der Stadt.



Segelflieger Groenhoff erhält die Adlerplakette. Staatsminister a. D. Dominicus (rechts), der Vorsitzende des Deutschen Luftfahrtverbandes, überreicht dem bekannten Segelflieger Günther Groenhoff (links) die Adlerplakette des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen im Segelflugsport. In der Mitte: der Generalsekretär des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen, Dr. Diem.



Japan besetzt Chinas Küsten.

Eine Karte vom Kriegsschauplatz in China mit den Orten, die in den letzten Meldungen wiederholt genannt wurden. Schanghai — Hankow, die bisherige Hauptstadt der Nationalregierung, 400 Kilometer oberhalb der Mündung des Yangtsekiang — Kanton (Koung), der neue Sitz der geflüchteten chinesischen Regierung und Hauptquartier des chinesischen Marschalls Tschiangkai-schek — Swatow und Kanton, wo die Japaner größere Truppenmassen „zum Schutz des japanischen Handels“ an Land gesetzt haben. Im Ausschnitt: eine Vergrößerung des Gebietes bei Hankow, das die Lage der Stadt am Yangtsekiang zeigen soll. Bekanntlich sind die japanischen Kriegsschiffe den Fluß 400 Kilometer bis nach Hankow heraufgefahren, um dann die Beschießung der Stadt durchzuführen.

Bild links. Eine Werbemarke für die Olympiade. Das deutsch-amerikanische Olympiadekomitee hat nach dem hier geeigneten Entwurf eine Million Werbemarken herstellen lassen, die zu je neun Pfennigen verkauft werden sollen. Der Ertrag soll der deutschen Olympiamannschaft zugute kommen.



Erzelenz v. Schnee fährt in die Mandchurie. Der Vertreter Deutschlands in der Untersuchungskommission des Völkerbundesrates für die Mandchurie, Gouverneur a. D. von Schnee (Mitte), ist jetzt nach Peking gefahren, um von dort mit den anderen Mitgliedern der Kommission über Amerika nach der Mandchurie zu reisen. Bekanntlich ist der Verkehr auf der transsibirischen Eisenbahn infolge der Unruhen unterbrochen, so daß dieser riesige Umweg gewählt werden mußte. Neben Erzelenz von Schnee der japanische Vorkäufer in Berlin, Ohsata (links), und der chinesische Geschäftsträger Dr. Liang (rechts), die ihm das Geleit zur Eisenbahn gaben.



# Jugend im Schnee

Roman von H. J. Freiherr von Reichenstein. Copyright by Carl Dunder Verlag, Berlin W. 62.

6. Fortsetzung Nachdruck verboten.

Einen Herzschlag lang war es ganz still im Zimmer. Dann kamen sie alle langsam näher. Stiegen mit Frau Guse an und setzten sich zu ihr an den Tisch, als wenn nichts gewesen wäre. Als Herbert Dürren sich an diesem Weihnachtsabend und unter diesem Dache zum ersten Male zur Ruhe legte, hatte er ein ähnliches Gefühl, wie wenn er nach langer Abwesenheit wieder in sein Elternhaus gekommen wäre. In völligem Frieden mit sich selbst lag er in seinem Bett. Nur eins störte ihn. Wie kann ein so schönes Mädchen — dachte er.

Weber diesem angefangenen Gedanken schloß er ein.

Die Feiertage waren vorüber. Man hatte gemeinschaftlich Sport getrieben und Ausflüge gemacht, während Frau Guse und Fräulein Frank für einen gut gedeckten Tisch sorgten. Herbert hatte sich ohne weiteres in die Kameradschaft eingefügt, ohne sich an einzelne besonders anzuschließen. Er fürchtete Fragen, die er nicht gern beantwortet hätte.

Am Tage nach dem Fest begann er, seine eigenen Wege zu gehen und seine Bemühungen wieder aufzunehmen. Er blieb dabei, daß er Sportlehrer werden wollte. Zur Einführung ließ er sich Werbemarken drucken. Damit ging er von Haus zu Haus und warf, je nachdem, eine oder mehrere in den Postkasten. In den Hotels sprach er mit den Portiers persönlich. Die meisten lehnten ab. Einige sagten, sie wollten sehen. Keiner ermunterte ihn besonders, trotzdem er allen Provision versprach. Einer verlangte Handgeld. Als Herbert nicht darauf einging, gab er ihm die Karten zurück und ließ ihn stehen.

Herbert wanderte nach Hause. Obgleich es noch früh im Vormittag war, wollte er heute nichts mehr in seiner

Angelegenheit tun. Morgen war Sonntag. Da konnte er nichts unternehmen, sondern mußte seine Karten wirken lassen.

Als er in das obere Stockwerk hinaufstieg, kam das Stubenmädchen gerade aus seinem Zimmer und verschwand in der nächsten Tür. Herbert trat über seine Schwelle und stuchte. „Oh, Verzeihung,“ sagte er.

Ja Frank stand an seinem Schreibtisch und wuschte Staub. Sie trug eine weiße Wirtschafschürze mit langen Ärmeln, über das Haar hatte sie ein weißes Tuch geknotet, dessen Zipfel rechts und links hinter ihrem Nacken herooftanden. Als sie sich umwandte und ihn erkannte, wurde sie ein wenig rot. „Einen Augenblick noch,“ sagte sie, während ihre stinken Hände weiter arbeiteten. „Vielleicht gehen Sie so lange unten ins Wohnzimmer. Ich rufe Sie dann sofort.“

„Wieder sehe ich Ihnen zu,“ antwortete er.

Sie sagte nichts.

Als sie an das offene Fenster trat, um das Staubtuch auszusütteln, blieb sie dort stehen. Sie schien über die Aussicht alles um sich her zu vergessen.

Herbert kam und stellte sich neben sie. „Schön?“ fragte er leise.

„Ja,“ sagte sie, ohne den Kopf zu wenden. Sie atmete kaum.

Da legte er seinen Arm um ihre Schulter und wollte sie an sich ziehen.

Ja Frank erschrak nicht. Sie schüttelte den Arm auch nicht von sich, sie wandte sich nur um, so daß er von selbst herabsank. „Nein,“ sagte sie ruhig. Ihre Augen sahen ihn groß und traurig an.

Warum nicht?

Ihr Blick veränderte sich. „Das gehört nicht zu meinen Diensthöflichkeit,“ antwortete sie.

„Das klingt sehr bitter,“ sagte Herbert betroffen.

„Ja,“ antwortete sie.

„Beweisen Sie,“ sagte er aufrichtig.

Ja Frank ludte die Achseln. „Verzeihen, das ist doch nur ein Wort ohne Sinn.“

„Was kann ich tun?“ bat er.

Sie schüttelte langsam den Kopf und schelte traurig.

„Sie können nichts für mich tun, und ich kann nichts für Sie tun. Menschen, wie Sie und ich, können im besten Falle nebeneinander hergehen. Als Fremde. Und wenn es hoch kommt, als Kameraden. Weniger oder mehr Spiel oder Ernst gibt es nicht zwischen unergleichen, dazu fehlt uns das Kostbarste — die Zeit.“ Sie hob die Hand mit dem Staubtuch ein wenig und ließ sie wieder sinken. So sah fast aus, wie ein müdes Abschiedswinken. Einen Augenblick lang zögerte sie, dann nickte sie ihm zu und ging hinaus.

Herbert geleitete sie wie eine Dame. Als er die Tür hinter ihr geschlossen hatte, blieb er verwundert stehen. Was er getan hatte, beschämte ihn. Aber daß Ja Frank ihn auf gleiche Stufe mit sich selbst stellte, das machte ihn stolz. Und über dieses Phänomen mußte er noch lange nachdenken.

Sonntag mittag; gleich nach dem Essen, Herbert war vors Haus getreten und witterte in die Luft, die einen eigentümlichen Schmelz hatte. Er dückte sich und nahm ein wenig Schnee auf. Der war fest und trocken und hatte nicht die Luft stand. In der Höhe aber segte der Wind die Lannensäte rein. Oben am Himmel zogen Schneewolken. Ihr flüchtiges Tempo hatte etwas Mitreißendes. Herbert eilte hinaus und klebte sich rasch um. Als er wieder nach unten kam, traf er Ja Frank. Sie trug einen dunkelblauen Anzug mit Waskemütze, zog einen Rodelschlitten hinter sich her und wollte eben den Garten verlassen.

Herbert rief sie an. Sie blieb stehen und wandte sich um.

„Allein?“ fragte er und ging auf sie zu.

Sie nickte. „Ausgang,“ sagte sie und lachte.

„Kann ich mitkommen?“

„Nein?“ sagte sie und sah ihn von der Seite an. Sie war nur einen halben Kopf kleiner als er.

„Haben Sie Angst vor mir?“ fragte Herbert.

„Ach nein,“ lachte sie selbstbewußt, „aber vielleicht werden Sie mir wieder die Laune verderben.“

„Sind Sie nachts noch?“



